

(Beginn: 15.36 Uhr - Ende: 18.29 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 9. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, unsere Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister, soweit sie schon da sind, und natürlich Sie alle als Mitglieder des Rates.

Nach den mir vorliegenden Meldungen fehlt heute Herr Reinhard Houben.

Als Stimmzähler benenne ich Frau Halberstadt-Kausch, Herrn Dr. Gutzeit und Frau Pakulat. - Ich bitte Sie, sich später bereitzuhalten.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir wie üblich unsere heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Nachträgliche Zu- und Absetzungen sind wie immer gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Es liegt kein Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor.

Bevor ich die Zu- und Absetzungen bekannt gebe, will ich auf eine Besonderheit aufmerksam machen. Wir haben heute unter Tagesordnungspunkt 3.1.4 einen Antrag und unter Tagesordnungspunkt 22.1 eine Anfrage der Gruppe Deine Freunde zum Thema „Spielbank Cäcilienstraße“. Während die Anfrage, wie von Herrn Zimmermann eingebracht und eingefordert, im nichtöffentlichen Teil behandelt werden soll, ist die Behandlung des Antrags im öffentlichen Teil vorgesehen. Ich bitte deshalb in der gegebenenfalls stattfindenden politischen Diskussion zum Antrag dringend darauf zu achten, dass keine der Vertraulichkeit unterliegenden Sachverhalte erörtert werden. Das haben wir auch bei anderen Gelegenheiten so gehandhabt; das kann man ganz gut trennen.

Jetzt kommen wir zu den Zusetzungen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte im öffentlichen Teil vor - ich bitte um Aufmerksamkeit; das ist heute überschaubar -: 4.5, 4.6, 10.17 und 17.5. Im nichtöffentlichen Teil gibt es folgende Zusetzung: 22.1.

Abgesetzt werden im öffentlichen Teil der Tagesordnungspunkt 6.1.2 sowie im nichtöffentlichen Teil die Punkte 24.1 und 24.4.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Wir kommen nun zu einem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP, der Gruppe der Piraten, der Gruppe Deine Freunde sowie vom Ratsmitglied Herrn Henseler zum Thema „Leistungsnavelle zum Wohngeld“; das ist Tagesordnungspunkt 3.1.5. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Keine. Von daher können wir diesen Punkt in die heutige Tagesordnung mit aufnehmen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse über die Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

(Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde] betritt den Ratssaal)

- Ich begrüße jetzt auch Herrn Zimmermann ganz herzlich.

Wir steigen jetzt direkt in die Tagesordnung ein; wie gesagt, es gibt heute keine Aktuelle Stunde. Wir befassen uns zuerst mit erfreulichen Dingen, nämlich der Annahme von Schenkungen.

2.1 Schenkung Baukhage an das Kölnische Stadtmuseum 3487/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Sie alle haben die Vorlage gesehen. Wir sind sehr froh und dankbar, dass eine solche Schenkung unseren Kulturinstituten zur Verfügung gestellt wird. Ich lasse abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich ganz herzlich bei der Schenkerin.

(Beifall)

Wir kommen zu den Anträgen.

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend „Ergänzung des Wertgrenzenkonzeptes 2014 - beschränkte Ausschreibungen“ AN/0198/2015

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0234/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es erschließt sich wahrscheinlich nicht jedem hier im Saal und auch den interessierten Kölnerinnen und Kölnern nicht ganz, warum wir uns gerade heute, mitten in der Karnevalszeit, mit einem recht drögen Thema wie dem Vergaberecht in der Stadt Köln beschäftigen müssen. Bei aller Skepsis: Es ist dringend erforderlich.

Das Vergaberecht ist natürlich grundsätzlich geregelt; kaum ein anderes Recht im öffentlichen Bereich ist klarer geregelt. Wenn man sich das Vergabeportal des Innenministers NRW im Internet anschaut, findet man 17 Gesetze, Erlasse, Runderlasse, Anweisungen etc., die das Vergaberecht in den nachgeordneten Kommunen, unter anderem auch hier in der Stadt Köln, regeln. Man müsste eigentlich denken, das sollte ausreichen. Aber nein, man braucht schon noch weitere Informationen. Auch da hilft der Innenminister; denn er macht auf seiner Internetseite deutlich, dass es auf einige wesentliche Punkte im Vergaberecht ankommt.

Wenn man die 17 Dokumente im Einzelnen gelesen hat, stellt man fest: Es sind zunächst einmal die EU-Vorgaben zu den Wertgrenzen zu beachten. Eine EU-weit geltende Richtlinie besagt, dass bei Bauvergaben oberhalb eines Volumens von 5 Millionen Euro grundsätzlich eine europaweite Ausschreibung zu erfolgen hat. Bei allem, was darunter liegt, ist das letztendlich Sache des Landes Nordrhein-Westfalen.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat seinen Kommunen die Möglichkeit gegeben, drei verschiedene Verfahren zu wählen. Diese drei verschiedenen Verfahren sind wiederum abhängig von den Vergabevolumina. Das kleinste Volumen, was vergeben werden kann, nämlich bis zu 100 000 Euro, kann im Rahmen einer direkten Vergabe vergeben werden. 100 000 Euro sind also im Rahmen einer direkten Vergabe machbar. Die beschränkte Ausschreibung kann bis zu einem Volumen von 1 Million Euro erfolgen. Auftragsvolumen, die darüber hinausgehen, machen eine öffentliche Ausschreibung erforderlich. Dies ist aktuell die Vergabepaxis in der Stadt Köln.

Es gibt aber noch eine weitere wichtige Information auf diesem Vergabeportal, nämlich dass die Richtlinien, die der Innenminister im Runderlass in Kraft gesetzt hat, bis zum Ende des Jahres 2018 gelten. Das heißt, wir haben noch vier Jah-

re Zeit, auf Basis dieses Runderlasses hier in der Stadt Köln unsere Vergaben zu machen. Wir hätten die Zeit - wenn es in der Stadt Köln nicht mal wieder anders wäre, als es das Land vorsieht. Warum sieht es anders aus? Weil der Stadtdirektor genau in dem Monat - zwei Tage bevor der Minister dieses Zeichen gesetzt und veröffentlicht hat, dass der Runderlass zur beschränkten Vergabe noch weitere fünf Jahre gelten kann - in den AVR eine Beschlussvorlage eingebracht hat, dass genau diese beschränkte Vergabe, die der Stadt Köln viele Möglichkeiten gegeben hätte, aus dem Vergabepportfolio der Stadt Köln herausgenommen wird.

Das hat natürlich zu erheblichen Protesten des Handwerks geführt.

(Beifall bei der CDU)

Das Handwerk hat nicht nachvollziehen können, warum Sie nicht darauf reagiert haben. Es ist schon schade, wenn man sich überlegt, welcher Möglichkeiten wir uns hier berauben. Die beschränkte Vergabe ist eine mittelstandsfreundliche Vergabemöglichkeit. Der Mittelstand braucht Förderung; das sagt selbst der Oberbürgermeister. Der Oberbürgermeister springt im Prinzip unserem Antrag bei.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Ja, das hat der Oberbürgermeister selbst gesagt.

(Martin Börschel [SPD]: Das haben wir so aber nicht gehört! Das ist ja Autosuggestion, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, die Mittelstandsförderung hier in der Stadt Köln ist ein sehr wichtiges Instrument. Wenn man sieht, wie viele Vergaben allein die Gebäudewirtschaft dem Kölner Baugewerbe macht, da reden wir über ein Vertragsvolumen von fast 50 Millionen Euro. Das sind 1 500 Arbeitsplätze, die da in Rede stehen. Es geht um über 30 000 Aufträge, die Jahr für Jahr von der Gebäudewirtschaft erteilt werden. Wenn dieses Volumen tatsächlich durch eine falsche oder eine fehlgeleitete Vergabepaxis der Stadt Köln verloren ginge, hätten wir natürlich ein riesengroßes Problem. Wir reden hier nicht nur über die Kaufkraft von 50 Millionen Euro und über Arbeitsplätze; es geht natürlich auch um Ausbildungsplätze. Wir wissen, dass gerade das Baugewerbe hier in Köln und der Region ein großer Träger von Ausbildungs- und Berufsbildungsmaßnahmen ist. Von daher ist es essenzi-

ell, dass wir die Vergabemöglichkeiten, die uns das Land gewährt, auch voll ausschöpfen, damit das Handwerk und der Mittelstand hier in Köln gefördert werden.

(Beifall bei der CDU)

Das war grundsätzlich Politik von allen Parteien hier im Rat der Stadt Köln. Das hat sich auch in allen Debatten gezeigt, zum Beispiel im AVR. Das hat sich auch bei der letzten Versammlung der Kreishandwerkerschaft gezeigt, als die Grünen, die CDU und die FDP dort genau diese Punkte, die auch der Oberbürgermeister in seiner Pressemitteilung noch einmal deutlich gemacht hat, herausgestellt haben. Wir haben, wie gesagt, auch im AVR eine ähnliche Debatte geführt.

Daher ist es schade, dass jetzt ein Änderungsantrag von der SPD eingebracht worden ist,

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Und von den Grünen!)

der letztendlich nur die Argumentation aufgreift, die bislang hier im Rat der Stadt Köln unisono Praxis war. Es ist schade, dass wir bei einem so wichtigen Thema wie der Mittelstandsförderung nicht in der Lage sind, gemeinsam mit dem Oberbürgermeister eine Initiative aus der Mitte des Rates zu führen. Schade ist auch, dass der Änderungsantrag in einem Punkt deutlich hinter dem Antrag von CDU und FDP zurückfällt: Wenn unser Antrag heute beschlossen würde, würden wir ab morgen wieder eine beschränkte Ausschreibung ermöglichen; wir würden das Handwerk und den Mittelstand sofort stärken. Sie aber schieben das auf die lange Bank; denn wir wissen nicht, wann der Stadtdirektor uns die Vorlage, die Sie hier beantragen, tatsächlich in den AVR einbringt. Wir stimmen dem Antrag natürlich dennoch zu, weil er letztlich unser Anliegen mit aufgreift. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Dr. Elster. - Wir kommen dann zu Herrn Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das ist schon ein Ding; das muss ich schon sagen. Erst bekommen wir eine Verwaltungsvorlage im Jahr 2013 kurz vor Weihnachten, in der es um die Wertgrenzen und um die Frage ging: Kann die Stadt

Köln weiterhin mittelstandsfreundlich ausschreiben, wie sie es beim Konjunkturpaket II getan hat, um unser Handwerk zu unterstützen? Mit einer sehr breit angelegten Vorlage mit fünf Anlagen hat uns der Stadtdirektor deutlich gemacht, dass dies leider nicht mehr geht und wir so mittelstandsfreundlich, wie wir es bislang gemacht haben, nun nicht mehr ausschreiben können. Wir lauschten natürlich darauf, was der Stadtdirektor uns sagt. Er kam auch auf einen Erlass unseres Innenministers zu sprechen. Dazu sagte unser Stadtdirektor, und zwar - das muss ich auch noch einmal sagen - mit Unterstützung unseres Oberbürgermeisters - ich darf zitieren -:

Die Regelungskompetenz besitzt die Stadt Köln im Bereich der Wertgrenzen unterhalb der europäischen Schwellenwerte.

- Alles richtig! - Er führt dann weiter zum Runderlass aus und welche Wertgrenzen ausgeschöpft werden können. Dann aber sagt er:

Es bestehen durchgreifende rechtliche Bedenken gegen diesen Erlass.

Angesichts dessen haben wir alle im AVR gesagt: Na, dann wollen wir das mal mittragen, weil der Oberbürgermeister, der ja ebenfalls Jurist ist, das auch mitträgt. Dann aber haben wir plötzlich mitbekommen, dass die Handwerkskammer sagt: Nein, der Runderlass des Innenministers ist okay; da braucht man gar keine durchgreifenden rechtlichen Bedenken haben.

Die Handwerkskammer hat sich dann an die Regierungspräsidentin gewandt, und siehe da: Sie hat auch geantwortet, nämlich: Jawohl, die Stadt Köln macht das weiterhin rechtskonform. Dazu gab es dann eine Mitteilung vom Stadtdirektor im AVR, nämlich dass die Handwerkskammer sich geirrt habe, das würde gar nicht so sein. Wenn man sich aber einmal durchliest, was unsere verehrte Regierungspräsidentin geschrieben hat - ich zitiere -:

Im Rahmen der Stadtverwaltungshoheit hat der Rat der Stadt Köln beschlossen, von der Möglichkeit, den der Erlass des Innenministeriums bietet, keinen Gebrauch zu machen.

heißt das: Wir wollten hier keine mittelstandsfreundliche Politik haben. - Meine Damen und Herren, das kann ja wohl nicht sein! Wir wollen mittelstandsfreundliche Politik haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir haben uns auf zwei Juristen verlassen, die uns das so gesagt haben. Jetzt bekommen wir von der Regierungspräsidentin gesagt: Hier haben wir schiefgelegen. Darum haben wir von der CDU und FDP heute diesen Antrag in den Rat eingebracht: damit wir es wieder richtig machen, eine richtige mittelstandsfreundliche Politik, eine Politik für das Kölner Handwerk.

Jetzt müssen wir plötzlich erleben, dass der Oberbürgermeister, der die Verwaltungsvorlage des Stadtdirektors mitgetragen hatte - es gibt ja immer eine einheitliche Meinung in der Verwaltungsspitze, aber plötzlich haben wir nicht nur eine, sondern zwei Spitzen, fast schon ein Gebirge, als ob wir in den Alpen wären -

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

eine Pressemeldung herausgibt mit dem Tenor: Sorry, war gar nicht so gemeint; wir wollen mittelstandsfreundliche Politik machen; die beschränkte Ausschreibung ist weiterhin eine Option. - Siehe da, meine Damen und Herren! Erst die rechtlichen Bedenken, die hier geäußert worden sind, und jetzt doch noch eine Chance, eine Option für die beschränkte Ausschreibung. Das hat mich schon überrascht.

Das größte Ding ist aber der Ersetzungsantrag von SPD und Grünen. Anstatt zu sagen: Jawohl, CDU und FDP haben recht, wir haben dazugelernt, wir haben auch in die Vorlagen geguckt und erkannt, dass wir das mittelstandsfreundlich machen können, wollen Sie jetzt plötzlich die Propheten des Mittelstands sein und machen einen Ersetzungsantrag. Ich bin der Meinung: Seid wenigstens jetzt ehrlich! Ihr habt erkannt, dass diese Politik vorher falsch war. - Wir haben einen entsprechenden Antrag gestellt, dem Sie einfach zustimmen könnten. Aber nein, das wollt ihr nicht. Stattdessen macht ihr einen Ersetzungsantrag.

(Martin Börschel [SPD]: Ich denke, der ist schlecht? Herr Elster sagt, der sei schlecht!)

Ich bin der Meinung: So kann man damit nicht umgehen.

Aber okay, uns geht es um die Interessen des Handwerks, um eine gute Mittelstandspolitik. Wenn sie nur in anderen Worten das formulieren, was wir wollen, dann können wir auch dem Antrag von SPD und Grünen zustimmen. Die Menschen und das Kölner Handwerk werden schon merken, wer die Initiative hier ergriffen hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

CDU und FDP kommt es nicht auf den Briefkopf an, sondern ob die Inhalte stimmen. Hier ist abgeschrieben worden, und man hat gut abgeschrieben. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Frau dos Santos Herrmann.

(Birgit Gordes [CDU]: Jetzt passen Sie auf, was Sie sagen! Die von der Straßenbau-Innung hören alle zu!)

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kollegen! Ich kann ja verstehen, dass Sie mich ein bisschen darum beneiden, dass ich heute Abend auf die Karnevalssitzung der Tiefbau- und Straßenbau-Innung darf. Ich freue mich sehr über die Einladung; ich habe sie gerne angenommen. Ich bin sehr gespannt, nicht nur auf die heutige Ratssitzung, sondern auch auf die folgende Karnevalssitzung.

Lassen Sie uns zum Ernst zurückkehren. Meine Damen und Herren, Herr Breite, Sie haben Gelegenheit, sich zu entscheiden, ob Sie Polemik wollen oder Ernsthaftigkeit. Ich hatte den Kollegen Elster vorhin schon so verstanden, dass er doch eher auf die ernsthafte Linie zurückschwenken will und eben keine Polemik möchte, sondern in der Sache vorankommen will. Das kann ich nur begrüßen. Von Ihnen, Herr Breite, habe ich etwas andere Töne gehört.

Lassen Sie uns noch einmal zurückschauen. Ich habe zehn Jahre lang dem AVR angehören dürfen und kann mich an einen Beschluss erinnern, der einstimmig gefallen ist. Das Wertgrenzenkonzept, das Stadtdirektor Kahlen vorgelegt hat, wurde am 09.12.2013 mit den Stimmen der CDU und der FDP verabschiedet.

(Beifall von Andreas Henseler [Freie Wähler Köln] - Zurufe von der FDP)

- Es tut mir leid, wenn Sie das nicht so gerne hören; das ist aber Fakt.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie hätten zuhören sollen, was der Vorredner dazu gesagt hat! Er hat es doch zugegeben!)

- Es war offenbar nicht so deutlich, dass ich es verstanden hätte. Jetzt können Sie Ihre Schlüsse daraus ziehen.

(Zurufe von der FDP)

Wir haben eine klare Stellungnahme der Bezirksregierung, die im Auftrag des Ministeriums für Inneres und Kommunales festgestellt hat: Dieser Beschluss ist absolut rechtskonform.

Es gibt keinerlei Daten, die belegen, dass diese Vergabepraxis dem Mittelstand und dem Handwerk schadet. Die ersten Zahlen, die uns per Mitteilung vorgelegt worden sind - ich bin inzwischen nicht mehr im AVR, aber ich lese die Vorlagen -, beziehen sich auf die Auswertungen der Vergaben für die Postleitzahlenbezirke 50 und 51. Die Zahlen zeigen, dass da die Anteile der Vergaben an die Unternehmen steigen, sowohl absolut als auch prozentual. Liebe Leute, das zeigt: Offenbar ist das nicht alles, was Sie kritisieren.

Dennoch: Das Gesetz lässt beschränkte Ausschreibungen unter bestimmten Bedingungen zu. Was es jedoch keinesfalls zulässt, ist, die beschränkte Vergabe zum Regelfall zu machen. Sie haben vorhin dargestellt, dass man für Aufträge mit einem Volumen von bis zu 1 Million Euro beschränkte Vergaben machen kann. Das stimmt. Man kann. Aber man kann sie keinesfalls zum Regelfall machen, sondern man muss gut begründen, weshalb.

(Beifall bei der SPD und der Linken.)

Also: Die Zahlen, Daten und Fakten, die wir kennen, sprechen eigentlich nicht dafür, dass man großartig etwas ändern müsste. Dennoch: Es gibt Kritik, und es gibt die Initiative des Oberbürgermeisters. Wir wollen alles tun, was dem Mittelstand in Köln förderlich ist. Wir wollen alles tun, was auch das Handwerk hier in Köln befördert, was die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen voranbringt. Aber wir wollen das unter allen Umständen mit der Maxime der Wirtschaftlichkeit, der Transparenz, des Wettbewerbs, der Gleichbehandlung verbinden.

Deswegen sind wir der festen Überzeugung: Wir müssen nicht so sehr auf die Wertgrenzen achten. Vielmehr müssen wir bei unseren Ausschreibungen und Vergaben stärker darauf achten, mehr Wert auf die Qualität zu legen. Die Wirtschaftlichkeit zeigt sich nicht nur am Preis. Das Wort „billig“ hat, wie Sie alle wissen, durchaus einen doppelten Sinn; manchmal ist billig eben auch schlecht. Wir müssen darauf achten,

in unseren Leistungsbeschreibungen Qualität einzufordern. Denn Wirtschaftlichkeit bedeutet: Es muss das beste Preis-Leistungs-Verhältnis beauftragt werden, das wir bekommen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben diesen Änderungsantrag formuliert, weil wir glauben, dass Ihr Antrag das eben nicht in dieser Deutlichkeit auf den Punkt bringt.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das brauchen wir nicht! Das ist doch gesetzlich geregelt!)

Wir möchten alle Vergabearten ermöglichen. Wir legen aber höchsten Wert darauf, dass wir das innerhalb der rechtlichen Möglichkeiten machen.

(Birgit Gordes [CDU]: Ja, natürlich!)

- Sie sagen jetzt, dass es selbstverständlich ist. In der Diskussion bisher lagen die Schwerpunkte noch anders. Aber wir freuen uns, dass Sie das jetzt auch so sehen wie wir.

(Lachen bei der CDU und der FDP - Bernd Petelkau [CDU]: Polemik!)

Deshalb: Gehen Sie mit uns den Weg, der aufzeigt, wie wir tatsächlich kompetente und leistungsfähige Unternehmen mit qualitätsvollen und hochwertigen Aufträgen beauftragen können, um am Ende die besten Produkte für die Kölnerinnen und Kölner zu bekommen. Wenn Sie diesen Weg mit uns gehen wollen und sachlich statt polemisch argumentieren möchten, dann stimmen Sie bitte unserem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD und der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Richter, bitte.

(Ulrich Breite [FDP]: Kannst du nur besser machen, Manfred!)

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe FDP, wer am lautesten schreit, hat meist am wenigsten zu sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Frau Kollegin dos Santos und ich waren ja Zeitzeugen des damaligen Beschlusses und wissen noch, wie es abgelaufen ist. Es war bei weitem

keine Nacht-und-Nebel-Aktion. Die Vorlage wurde mehrere Wochen beraten. Es wäre wünschenswert gewesen, noch andere Alternativen zu haben. Aber alle Fraktionen haben dieser Vorlage damals einstimmig zugestimmt, was faktisch einer Abschaffung der beschränkten Ausschreibung gleichkam. Diese faktische Abschaffung der beschränkten Ausschreibung war ein Fehler. Heute können wir diesen Fehler korrigieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Wir als Grünenfraktion wollen diese Entscheidungsänderung mit Augenmaß durchführen. Eine reine Fokussierung auf Wertgrenzen wird einer mittelstandsfreundlichen Politik nicht gerecht.

(Martin Börschel [SPD]: So ist es!)

Eine reine Erhöhung auf 1 Million Euro wäre ein Rückfall in alte Zeiten, in Zeiten vor Inkrafttreten der Vergaberichtlinie, als es noch um die Gefahr der Intransparenz ging. Diese alte Vergabepaxis wollen wir nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Die grundsätzliche Frage ist: Wie können wir Mittelstandspolitik verbinden mit den Kriterien Rechtssicherheit, Transparenz, Prozessqualität? Hier bieten wir Ihnen vier Punkte an:

Erstens die schon erwähnte Wirtschaftlichkeit: Es darf nicht nur auf den Preis geschaut werden. Wir alle kennen die Beispiele mit insolventen Auftragnehmern nach Auftragsvergabe oder mit Auftragsnachträgen. Das heißt, die Kriterien bei der Ausschreibung zum Preis müssen bei der Punktevergabe reduziert werden.

Zweitens eine stärkere Gewichtung von Servicequalität, Gewährleistung, Referenzen: Auch hier können gerade die regionalen Firmen aufgrund ihrer geografischen Nähe gut punkten. Das fördert Mittelstandspolitik.

Drittens Ausschreibung in kleineren Fachlosen: Das ermutigt kleine und mittlere Betriebe, sich an Vergabeverfahren zu beteiligen. Das stärkt Mittelstandspolitik.

Viertens eine maßvolle Erhöhung der Wertgrenzen für die beschränkte Ausschreibung: Hier können wir uns eine Größenordnung von rund 300 000 Euro vorstellen. Das soll aber in einer konkreten Verwaltungsvorlage dargelegt werden.

Diese vier Punkte müssen jetzt zeitnah in einer Verwaltungsvorlage vorgelegt werden; denn der Rat kann das nicht ohne Verwaltungsvorlage entscheiden. Erst dann kann das wirksam werden. Deswegen auch der Beschluss, es dem AVR zeitnah wieder vorzulegen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute die Chance, die kommunale Auftragsvergabe zu optimieren und sie mit Augenmaß wieder zu ändern. Damit schaffen wir eine mittelstandsfreundliche Wettbewerbspolitik, und wir schaffen das Einhalten der Kriterien Transparenz, Rechtssicherheit, Prozessqualität. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Richter. - Wir kommen zu Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Am 9. Dezember 2013 hat der Ausschuss „Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales“ einstimmig - wohl gemerkt mit den Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion -

(Ulrich Breite [FDP]: Ja, habe ich
ja gesagt!)

- ja, das haben Sie gesagt, aber ich muss es noch einmal erwähnen, damit es auch richtig ankommt - dem Wertgrenzenkonzept für Vergaben der Stadt Köln zugestimmt.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Deshalb wundert es mich, dass Sie jetzt sagen, das sei unter Vorspiegelung falscher Tatsachen geschehen. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Verklagen Sie doch irgendjemand!

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Hiernach entfällt die beschränkte Ausschreibung als Regelausschreibung. Das hat Frau dos Santos erklärt. Das heißt, wenn man dennoch eine beschränkte Ausschreibung macht, muss man das dokumentieren - transparent.

Die Handwerkskammer zu Köln rügte derweil Ende 2014 die Vergabepaxis der Stadt Köln als mittelstandsfreundlich und hält die strikte Ablehnung von beschränkten Ausschreibungen sogar

für rechtswidrig. Dazu gab es eine Antwort der Bezirksregierung Köln, in der es heißt: Dies entspricht den gesetzlichen Vorgaben und steht mit ihnen im Einklang. Eine Verpflichtung für beschränkte Ausschreibungen entsteht für die Stadt Köln nicht. - Insofern ist der Vorwurf der Handwerkskammer zu Köln haltlos. Das muss man auch einmal klar sagen.

Selbstverständlich möchten wir als Linke, dass bei der Auftragsvergabe auch die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen besser berücksichtigt werden. Natürlich sind wir auch für die regionale Wirtschaftsförderung; das sind wir alle. Berücksichtigt werden müssen jedoch auch Fragen der Transparenz, der Korruptionsprävention, die Wahrung der Chancengleichheit, die Binnenmarktrelevanz und, nicht zu vergessen, die Rechtssicherheit der Vergabepaxis, das heißt die Nichtangreifbarkeit der Vergabeentscheidung.

(Beifall von Susanna dos Santos Herrmann [SPD])

Die jetzige Ausschreibungspraxis erfüllt diese Vorgaben. Darüber sind sich alle Fraktionen hier einig.

Natürlich sollte, wie von CDU- und FDP-Fraktion in ihrem Antrag gefordert, eine Güterabwägung zwischen den Zielsetzungen des Vergaberechts für eine wirtschaftliche und sparsame Beschaffung, den Bedürfnissen der Marktteilnehmer und einer Vereinfachung der Verwaltungspraxis vorgenommen werden. Selbstverständlich! Diese Abwägung kann jedoch nicht dazu führen, dass ohne weitere Beratung und Prüfung die Rückkehr zur alten Vergabepaxis als einzige Option festgelegt wird.

(Beifall bei der Linken.)

In der Sitzung des AVR am 26.01.2015 haben die anderen Fraktionen signalisiert - Sie werden sich erinnern, Herr Elster, Herr Petelkau -, dass sie im Hinblick auf die beschränkte Ausschreibung gesprächsbereit sind. Das wollten Sie jedoch nicht; Sie wollten unbedingt diesen Antrag heute stellen.

Es ist wenig sachdienlich, auf Zuruf der Handwerkskammer zu Köln diesen Antrag zu stellen und eine komplizierte Sachfrage zu einem OB-Wahlkampfthema zu machen frei nach dem Motto: Gut für den Mittelstand ist, wenn es bleibt, wie es ist - und das ungeprüft und ohne belastbaren Zahlen.

(Beifall bei der Linken. und der SPD - Widerspruch von der FDP)

- Herr Breite. Das wissen Sie ganz genau.

(Ulrich Breite [FDP]: Fragen Sie doch mal den Oberbürgermeister!)

Denn schaut man sich die Aufträge im Bereich der Gebäudewirtschaft an, so ergibt sich vorläufig ein anderes Bild. Der Auftragsanteil lag 2014 bei 87 Prozent und der Auftragsvolumenanteil bei 37 Prozent. Bei den Vergaben des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik lagen der Auftragsanteil bei 47 Prozent und der Auftragsvolumenanteil bei circa 42 Prozent. Der Anteil des Auftragsvolumens ist gegenüber 2013, als die alte Vergabepaxis noch galt, sogar um 10 Prozentpunkte gestiegen.

(Beifall bei der Linken. und Teilen der SPD)

Ein Nachteil für die Unternehmen in der Region kann aufgrund der Umstellung der Ausschreibungspraxis nicht festgestellt werden. Sie aber haben hier eben gesagt, die jetzige Ausschreibungspraxis sei so mittelstandsfeindlich, dass wir ein Rollback zur alten Ausschreibungspraxis vollziehen sollten.

Die beschränkte Ausschreibung für sich allein ist kein Förderinstrument zur Stärkung des Mittelstandes und der Freien Berufe im Leistungswettbewerb. Mittelständische Interessen sind nach dem Willen des Gesetzgebers vornehmlich durch Teilung der Aufträge in Fach- und Teillose angemessen zu berücksichtigen, und sie werden flankiert vom Mittelstandsförderungsgesetz.

Beschränkte Ausschreibungen nutzen eben nicht allen Kölner Unternehmen, sondern nur denjenigen, die traditionell gefragt sind. Dass es da um verspätete Klientelpolitik für einen kleinen Kreis Kölner Betriebe geht, muss schlicht auch einmal klar gesagt werden.

(Beifall bei der Linken. sowie bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Deshalb ist es gut, wenn jetzt in Gesprächen geklärt wird, was der Region wirklich hilft. Es ist sinnvoll, die jetzige Ausschreibungspraxis anhand von belastbaren Daten in den jeweiligen Fachausschüssen zu überprüfen und weitere Qualitätskriterien zu ermitteln, die neben dem Preis stärker berücksichtigt werden sollten. Insbesondere ist auf die Einhaltung der Vorgaben des Tariffreue- und Vergabegesetzes NRW zu

achten, wie zum Beispiel die Vorgaben zum Mindestlohn, zur Tariftreue, zur Frauenförderung und zu sozialen Kriterien. Ich gehe davon aus, dass auch Sie das wollen.

Wir werden dem Antrag von SPD und Grünen folgen und den Antrag von CDU und FDP ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken. sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nächster Redner ist Herr Haug von der Fraktion der AfD.

Jochen Haug (AfD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen! Die Fraktion der AfD wird dem gestellten Ersetzungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen zustimmen. Es herrscht hier offensichtlich weitgehend Einigkeit, dass der Beschluss vom 9. Dezember 2013 ein Fehler und die generelle Abschaffung der beschränkten Ausschreibung nicht sinnvoll war.

Da hier aber von der Vertreterin der Linken die Vorwürfe der Handwerkskammer thematisiert wurden, will ich doch ganz kurz auf eine Sache eingehen. Im Gegensatz zu den meisten Ratsfraktionen scheint diese Erkenntnis bei der Stadtverwaltung - vom Oberbürgermeister mal abgesehen - noch nicht ganz angekommen zu sein. Ich will hierzu eine Pressemitteilung vom 9. Dezember 2014 zitieren. Da antwortet die Stadtverwaltung hinsichtlich der Vorwürfe der Handwerkskammer:

Die Frage, wie mittelstandsfreundlich Ausschreibungen der Stadt Köln gestaltet sind, entscheidet sich nach Auffassung der Stadt Köln nicht an der Vergabeart, sondern an dem Aufbau der Auftragslose. Hier bemüht sich die Stadt Köln, die Lose und Aufträge so zu bemessen, dass auch kleinere Unternehmen in der Lage sind, sich um die Arbeiten zu bewerben. Das erfordert für die einzelnen Verwaltungsstellen einen besonderen Einsatz, der aber im Sinne der regionalen Wirtschaftsförderung geleistet wird.

Diese Zeilen klingen so, als würde das ein sehr besonderer, über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehender Einsatz der Verwaltung sein. Dem ist aber nicht so. Man muss schon hinzufügen, dass das, was in dieser Pressemitteilung be-

schrieben wird, das gesetzliche Mindestmaß ist. Ich zitiere dazu ganz kurz § 97 Absatz 3 GWB:

Mittelständische Interessen sind bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vornehmlich zu berücksichtigen. Leistungen sind in der Menge aufgeteilt (Teillose) und getrennt nach Art oder Fachgebiet (Fachlose) zu vergeben.

Das heißt: Das, was die Verwaltung hier schreibt, muss gemacht werden. Die Frage ist vielmehr: Können wir auch noch darüber hinaus - darüber scheint ja Einvernehmen zu herrschen - die regionale Wirtschaft, den regionalen Mittelstand fördern? Da ist die beschränkte Ausschreibung eine von vielen Möglichkeiten, die wir unterstützen. Deswegen werden wir dem Ersetzungsantrag zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Ersetzungsantrag abstimmen, weil dieser Antrag der weitergehende ist. Wer gegen den Ersetzungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen ist, bitte ich um das Handzeichen. -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Der Stadtdirektor Kahlen!)

- Ich spreche die Ratsmitglieder an. - Noch einmal: Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Wer Enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Ersetzungsantrag so einstimmig angenommen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.2 Antrag der Gruppe pro Köln betreffend „Straßenbenennung nach Stéphane Charbonnier“ AN/0167/2015

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja, bitte schön. Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Ratsgruppe pro Köln beantragt heute, dass bei einer der

nächsten Straßenbenennungen in Köln der von Islamisten ermordete Herausgeber der Pariser Satirezeitung *Charlie Hebdo*, Herr Stéphane Charbonnier, als Namensgeber berücksichtigt wird.

Wir sind der Auffassung, dass die Meinungsfreiheit eines der höchsten Güter in einer freiheitlichen Demokratie ist und mit allen Mitteln geschützt werden muss. Jeder Einschüchterung, sei sie verbaler oder gewaltsamer Natur, muss entschieden entgegengetreten werden. In diesem Sinne könnten wir auch in Köln ein deutliches Zeichen setzen; denn jede Form von Einschränkung der Meinungsfreiheit ist der Anfang vom Ende einer lebendigen, echten Demokratie.

Feinde der Demokratie, seien es nun Islamisten, Rechts- oder Linksextremisten, wissen das genau. Ihnen müssen wir anständigen Bürger mutig entgegentreten, besonders dann, wenn die saten und korrumpierten Altparteien und das sonstige Establishment dafür zu feige geworden sind, wie wir es im Fall der islamistischen Bedrohung leider immer wieder erleben. Ein schlimmes Beispiel dafür war auch der peinliche Rückzieher des Kölner Festkomitees im Fall des geplanten *Charlie-Hebdo*-Wagens.

Die brutalen Terroranschläge in Paris zielten ebenfalls auf diese bekannten Reflexe und Mechanismen unserer angeblichen Eliten in Politik, Medien und Gesellschaft ab. Die Terroristen und Islamisten wissen, dass die westlichen Eliten im Kern morsch und feige geworden sind, stets bereit zu faulen Kompromissen, zur Aufgabe unserer Werte und zu vorseilendem Gehorsam gegenüber fremden und aggressiven Ideologien, die unser christliches Abendland bedrohen.

Der Anschlag von Paris war ein weiterer Akt zur Erschütterung unserer Gesellschaft, ein Anschlag auf die Werte und Freiheiten, die wir uns in Europa in den vergangenen Jahrhunderten erkämpft haben. Weder nonkonforme Politiker noch politische inkorrekte Satiriker und Karikaturisten sind derzeit vor dem Hass der heiligen Krieger in unseren Städten sicher. Schon bald könnte es auch die größten Beschwichtiger in Politik und Medien selbst betreffen. Deshalb muss es nun überall in Europa heißen: Wehret den Anfängen! Je suis Charlie! Solidarität mit *Charlie Hebdo*!

Man muss das Magazin und seine Karikaturen nicht mögen. Ich kann durchaus nachvollziehen, dass mancher diese für geschmacklos hält. Wichtig finde ich in diesem Zusammenhang, dass *Charlie Hebdo* nicht nur den Islam in drasti-

scher und überspitzter Form kritisiert hat. Gerade auch das Christentum und besonders die katholische Kirche sind oft genug Gegenstand der Satire gewesen. Jeder, der sich selbst als Demokrat bezeichnet, muss sich für die Freiheit der Satire einsetzen. Ansonsten ist ein freiheitliches Klima, die Voraussetzung für eine freie Meinungsbildung ist, nicht möglich.

Stéphane Charbonnier ist für dieses freie Klima und seine demokratische Überzeugung gestorben. Das sollte ausreichen, um Namensgeber für eine Straße in Köln zu sein. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir direkt abstimmen. Wer für diesen Antrag der Gruppe pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.3:

3.1.3 Antrag der Gruppe Piraten betreffend „Hol die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister für dein Projekt“ AN/0199/2015

Dazu liegt schon eine Wortmeldung von Herrn Hegenbarth vor.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Lieber Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! „Hol die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister für dein Projekt“: Das Ehrenamt weiter zu unterstützen und direkte Bürgerbeteiligung weiter zu fördern - um nicht mehr, aber auch nicht weniger geht es in diesem kleinen, aber feinen Antrag. Ich weiß bzw. ich gehe davon aus, dass zumindest im Selbstverständnis der Stadt und des Oberbürgermeisters die Unterstützung des Ehrenamtes eine sehr große Rolle spielt. Der Tag des Ehrenamts oder die Verleihung des Ehrenamtspreises „Köln engagiert“ zeigen, wie hoch der Stellenwert grundsätzlich ist. Parallel dazu steht zum Beispiel das parteiübergreifende Bündnis „Netzwerk für Beteiligungskultur“, dem auch ich beiwohnen darf, das im Dialog mit der Stadtverwaltung und der Politik steht. Weitere Stärkung des Ehrenamtes und direkte Bürgerbeteiligung stehen also ganz weit oben auf der Erwartungshaltung unserer Bürgerinnen und Bürger, des OBs und hoffentlich auch weiter Teilen der Politik.

„Hol den Oberbürgermeister“: Wie soll das konkret funktionieren, und was ist anders? In Heidel-

berg hängen zurzeit überall Plakate, die die neue Aktion bewerben. Die Heidelberger nutzen die Möglichkeit und tragen gerade interessante Projekte, Initiativen, Orte, Vereine usw. vor, die Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner unbedingt sehen und besuchen sollte. Vorschläge der Bürger erfolgen über eine Karte im Internet, per Post oder sogar auch telefonisch. Dann wird abgestimmt. Die Stadt Heidelberg zeigte sich bereits in der kurzen Anlaufphase, die jetzt läuft, ausgesprochen zufrieden mit der Aktion; denn sie stärkt bürgerschaftliches Engagement und motiviert die Bürger zum Mitmachen.

Ja, Heidelberg ist nicht Köln; es ist eine deutlich kleinere Stadt. Deshalb muss in Köln eben eine angepasste Prüfung durch die Verwaltung erfolgen. Insoweit soll auch unser Prüfantrag auf die speziellen Anforderungen Kölns eingehen. Für unseren Antrag spricht:

Erstens. Das Ehrenamt wird weiter gefördert und erfährt noch mehr öffentliche Wertschätzung.

Zweitens. Bürger können Vorschläge wie beim Bürgerhaushalt machen; kinderleicht und jenseits von Missbrauch durch extreme Gruppen.

Drittens. Wir geben den Bürgern die Möglichkeit, unverbindliche, aber transparente Vorschläge für einen Besuch des OBs zu machen.

Viertens. Der Oberbürgermeister behält natürlich immer noch die Möglichkeit, die Termine abzustimmen und sie zu koordinieren.

(Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist aber nett!)

- Ja, das ist großzügig.

Fünftens. Es geht nicht darum, dem OB mehr überflüssige Arbeit in seinen Terminkalender zu diktieren, sondern die Anliegen der Bürger finden die Anerkennung, die sie verdienen.

Sechstens. Reine Wirtschaftsinteressen stehen zumindest gleichberechtigt neben den Anliegen und Anregungen der Bürger auf der Agenda.

Mir fallen also keine wirklichen inhaltlichen Gründe für eine Ablehnung dieses Antrags zur Förderung des Ehrenamtes und der Bürgerbeteiligung ein.

Ich hoffe nicht, dass der aktuelle Oberbürgermeisterwahlkampf an dieser Stelle eine Rolle spielt und wir dabei stören, weil wir kleine Piraten Vorschläge machen, die den OB-Wahlkampf beeinflussen oder eher sinnvoll ergänzen können,

nämlich durch Vorschläge zum Ehrenamt und der Stärkung von Bürgerbeteiligung, die noch nicht oder nicht weit genug oben auf der Agenda von Kandidatin oder Kandidat oder deren unterstützender Parteien stehen.

Ich gehe auch davon aus, dass die Wählerinnen und Wähler, denen das Ehrenamt und die direkte Bürgerbeteiligung wichtig sind, genau hinsehen, wer heute hier wie und wo abstimmt. Unabhängig davon tun wir das selbstverständlich auch, was die Positionierung der Piraten im OB-Wahlkampf betrifft.

Wir bitten heute um die Zustimmung zu einem reinen Prüfantrag. Stimmen Sie für einen starken überparteilichen Konsens, für einen weiteren kleinen Schritt in Richtung Weiterentwicklung des ehrenamtlichen Engagements! Sorgen Sie dafür, dass bei einer Ablehnung nicht der fade Beigeschmack bleibt, dass es hier nur um unliebsame Wahlkampfschwerpunkte geht! Sorgen Sie gemeinsam mit uns dafür, das Amt des OBs noch transparenter zu gestalten! - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Piraten, der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Krupp für die Fraktion der SPD.

Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Gerlach, lieber Herr Hegenbarth, liebe Piraten am Livestream!

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte ganz ausdrücklich vorwegschicken: Was ich jetzt sage, hat mit dem OB-Wahlkampf nichts zu tun. Das sage ich Ihnen heute so und das sage ich Ihnen auch nach dem 13. September so.

(Birgit Gordes [CDU]: Kandidieren Sie?)

- Wir haben die Kandidatenfrage innerparteilich geklärt. Wir haben einen Kandidaten aus der eigenen Partei. Das ist eigentlich eine ganz gute Konstellation. Daher: Es gibt dafür keinen Grund.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns diesen Prüfantrag gut angeguckt. Ich möchte vorwegschicken - das ist mir wichtig;

Sie wissen, wir haben in letzter Zeit gut im AVR zusammengearbeitet -: Von den Piraten kommen durchaus prima Ideen, durchaus auch quergebürstete Ideen, mal was anderes. Ich nenne nur den Antrag „Köln liebt dich‘ - Politik und Tanz im Rathaus“; er war schon vom Wording her etwas anderes, er war aber auch inhaltlich gut. Deswegen haben wir ihn mit leichten Änderungen als gemeinsamen Antrag gestellt. Gleiches gilt für den im letzten AVR gestellten Antrag „Flüchtlings-App“. Das ist eine gute Idee; das habe ich Ihnen auch direkt gesagt. Ich bin froh, dass aus Kreisen jenseits des eingefahrenen Politikbetriebs neue Ideen kommen. Wunderbar!

Gleichwohl werden wir den vorliegenden Antrag „Hol dir den OB“ ablehnen. Das möchte ich Ihnen gut begründen. Der Gedanke, der dem zugrunde liegt, mehr Bürgerbeteiligung und Stärkung des Bürgerengagements, ist völlig richtig und absolut zustimmungswert. Insofern: Die gute Absicht erkenne ich sehr wohl an.

Wir glauben jedoch, dass das in Köln anders als in Heidelberg - auch da wird es ja gerade erst eingeführt - so nicht umsetzbar ist. Das will ich Ihnen auch begründen. Es hat zum einen praktische Gründe, warum es in Köln so nicht umsetzbar ist; es hat zum anderen aber auch prinzipielle Gründe, warum wir es so nicht umsetzen möchten.

Lassen Sie mich mit dem Praktischen anfangen. Heidelberg ist ein wunderbares Städtchen, hat 150 000 Einwohner. Köln hat über 1 Million Einwohner. Köln ist eine Großstadt, die viertgrößte Stadt der Republik und - das will ich hinzufügen - flächenmäßig die größte Kommune in Deutschland mit über 400 Quadratkilometern. Selbst München fällt dahinter zurück; alle anderen sind Stadtstaaten. Auf gut Deutsch: In dieser Stadt OB zu sein, ist eine enorme Herausforderung.

Der OB erhält im Jahr - ich habe mich erkundigt - über 6 000 Terminanfragen, von denen er 1 000 wahrnimmt. Das ist eine Belastung, die sich beim besten Willen nicht mit der Belastung des OB in Heidelberg vergleichen lässt. Der OB in Köln tut sehr gut daran, sinnvolle und unterstützenswerte Initiativen aus dem bürgerschaftlichen Engagement heraus zu unterstützen. Der aktuelle OB - das habe ich selbst mitbekommen -, Jürgen Roters, tut das. Ich glaube auch, dass jeder seiner Vorgänger das so getan hat und auch gut daran getan hat.

Er würde allerdings nicht gut daran tun, sich Mehrheitsentscheidungen im Internet zu unterwerfen - ich habe gelesen, dass auch eine post-

alische oder telefonische Beteiligung möglich wäre; ich will ausdrücklich würdigen, dass Sie auch an die Bürger denken, die mit dem Internet nicht so gut vertraut sind - und den Besuch solcher Initiativen davon abhängig zu machen. Denn das mündet nicht nur darin, dass vielleicht extreme Initiativen - das haben Sie selbst angesprochen - die Abstimmungen manipulieren bzw. das Stimmverhalten beeinflussen, sondern das mündet vor allem auch darin, dass Initiativen, die schon bekannt sind und einen entsprechend großen Kreis an Interessierten haben, ihre Abstimmungen organisieren und den OB dann zu sich holen.

Viel wichtiger finde ich - und das lässt sich durch ein solches Modell leider nicht umsetzen -, dass kleine, vielleicht unbekanntere Initiativen den OB zu sich holen können. Viel besser finde ich, wenn der OB dem dann autonom auch folgt. Das tut er ja. Bei den 6 000 Anfragen pro Jahr und vor allen Dingen auch bei den 1 000 Besuchen sind auch viele kleine Initiativen, die gar nicht die Kapazität hätten, in einem Wettbewerb der Abstimmung mitzuhalten.

Ich will ausdrücklich sagen: Sie haben völlig recht: Wir dürfen nicht aufhören, Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement zu stärken. Sie haben selbst gesagt: Der Tag des Ehrenamts ist eine prima Idee.

Wichtig zu wissen ist auch, dass mit einem breiten Konsens hier im Rat Ende 2013 beschlossen worden ist, die Verwaltung zu beauftragen, ein Kölner Modell für mehr Bürgerbeteiligung zu entwickeln. Dieses Modell wird meiner Kenntnis nach in Bälde vorgelegt. - Ich höre gerade von links Bestätigung.

Ich kann Sie von den Piraten daher nur auffordern: Wenn dieses Modell vorgelegt wird, bringen Sie Ihre Ideen ein. Bringen Sie auch frische Ideen ein! Bringen Sie andere Ideen ein! Wunderbar! Darüber werden wir reden.

Ihr Antrag heute ist, glaube ich, nicht ausgereift. Dieser Antrag ist in Köln so nicht umsetzbar. Diesen Antrag wollen wir auch aus ganz grundsätzlichen Erwägungen, nämlich was die Autonomie des OB angeht, egal wer auf diesem Stuhl hier sitzt, nicht umsetzen. Deswegen auch kein Prüfauftrag, einfach weil wir glauben - das gehört zur Ehrlichkeit dazu -, dass das im Ergebnis nicht die Idee sein kann.

Noch einmal: Es ist gut, dass Sie frische Ideen hereinbringen. Wir haben das im AVR ja gehabt.

Machen Sie weiter so! Wir sind bereit, über alles zu diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Als Nächster kommt Herr Klausung für die CDU.

Christoph Klausung (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann, ehrlich gesagt, nicht so ganz nachvollziehen, warum der Antrag der Piraten jetzt abgebügelt werden soll mit dem Verweis auf das Kölner Standardmodell für mehr Bürgerbeteiligung. Dieser Antrag bietet viel mehr als nur Bürgerbeteiligung; es geht hier vor allem auch um das Ehrenamt. Die CDU wird diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

„Hol die Oberbürgermeisterin für dein Projekt“ ist eine gute Aktion. Der Antrag steht damit voll und ganz in der Tradition der CDU für das Ehrenamt in dieser Stadt. Ich darf nur daran erinnern, dass der Ehrenamtstag in der Stadt Köln unter CDU-Führung eingeführt worden ist.

(Beifall bei der CDU)

„Hol die Oberbürgermeisterin für dein Projekt“ ist hierzu eine sinnvolle Ergänzung. In der Stadt Köln engagieren sich 200 000 Bürger ehrenamtlich, sei es in Jugendverbänden, Sportvereinen, in der Kirche, in Flüchtlingsinitiativen oder sonst wo. Dieses Engagement kann mit dieser Initiative gestärkt und gewürdigt werden.

Herr Hegenbarth hat es schon gesagt: Ehrenamtler können sich bewerben mit ihrer Idee, über die dann online, per Telefon oder per Brief abgestimmt wird, und am Ende wird die Oberbürgermeisterin dann dort hingehen. Ich finde es hochgradig sympathisch, wenn man das Engagement von Leuten hervorhebt, wenn die Bürger darüber abstimmen können und wenn sich dann die Politik mit diesen Leuten zusammensetzt. Das stärkt das Engagement, weil so auch mehr Aufmerksamkeit und Wertschätzung gegenüber dem Ehrenamt eingebracht wird.

Wir werden den Antrag unterstützen. Eine kleine Bitte noch, mit der vielleicht auch die Bedenken der SPD ausgeräumt werden: Wenn man den Part „Beteiligung“ herausnimmt und diesen in

den aktuell stattfindenden Diskussionsprozess mit einbettet und wenn man den Part „Ehrenamt“ in Absprache mit den bestehenden Strukturen, zum Beispiel dem „Kölner Netzwerk für Bürgerengagement“, ein bisschen auseinanderzieht und auf die bestehenden Strukturen aufdockt, dann könnte man das, wie ich glaube, machen.

Ich hätte es gut gefunden, wenn die SPD ihre Kritik in einem Änderungsantrag ausformuliert und hier eingebracht hätte.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kollegen, hier eine gute Idee einfach niederzubügeln, ist meiner Meinung nach nicht sehr sinnvoll.

Ein Schmankerl zum Schluss: Ich kann mir schon vorstellen, warum die SPD das ablehnt. Woher stammt denn diese Idee? Aus Heidelberg. Der Oberbürgermeister von Heidelberg ist parteilos und wird von der CDU unterstützt. Dass Sie dabei nervös werden, kann ich verstehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Ihr findet einfach keine guten Leute mehr! - Gegenruf von Dr. Ralph Elster [CDU]: Ihr auch nicht! - Gegenruf von Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Wir plädieren für eine CDU-freie Republik! - Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Thelen für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben hier wieder einen sympathischen, unkonventionellen Antrag der Piraten vorliegen. Aber wie das bei Sponti-Geschichten immer ist: Man muss sich fragen: Sind die Sachen auch machbar, und sind sie zu Ende gedacht? Der Kollege Krupp hat schon eine Menge dazu gesagt.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich möchte in meiner eigenen Rede erst einmal fortsetzen. Wenn man so etwas hört wie in diesem Antrag, dann juckt es einen schon, die Henriette und den Jochen, der leider jetzt nicht da ist - für die Zuhörer und Zuschauer will ich sagen: es sind Henriette Reker und Jochen Ott gemeint -, zu fragen: Was

haltet ihr denn davon, wenn euer Terminkalender von den etwa 200 000 Ehrenamtlichen der Stadt mitbestimmt würde?

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wird er doch heute schon!)

Zur Frage der Vergleichbarkeit der Städte Heidelberg und Köln ist schon deutlich ausgeführt worden, dass sie nicht so direkt vergleichbar sind. Deshalb muss man sich fragen: Ist der Antrag umsetzbar, und ist er sinnvoll? Ich will mich dazu ganz vorsichtig äußern. Das ist eine charmante Idee, aber die Umsetzung scheint mir nicht wirklich möglich zu sein. - Das ist der eine Grund, warum wir dem Antrag leider nicht zustimmen können.

Ich nenne aber noch einen zweiten Grund. Dieser steckt in der Begründung des Antrags der Piraten selbst. Dort heißt es - ich zitiere -:

Die Würdigung des Ehrenamtes steht seit Jahren ganz weit oben auf der Agenda der Kölner Politik.

Ende des Zitats. - Ja, damit ist doch eigentlich alles gesagt. Wenn das so bedeutungsvoll in Köln ist, braucht es doch einen solchen Antrag nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Übrigen möchte ich auch noch einmal daran erinnern, dass es schon einen viel substanzierteren Antrag gibt, nämlich den, den alle demokratischen Fraktionen hier vorgelegt haben, der auf eine Erweiterung der Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen abzielt.

Als Letztes noch ein Bonbon für die Piraten: Wir haben gestern in der Fraktion sehr intensiv über das Vorhaben einer Sperrklausel für die Kommunalräte diskutiert und waren mit großer Mehrheit dagegen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Detjen, danach Frau Laufenberg.

Jörg Detjen (Die Linke.): Meine Damen und Herren! Es geht hier überhaupt nicht darum, ein Anliegen abzubügeln, sondern es geht um den Fahrplan, den wir haben. Dieser Fahrplan ist auch abgestimmt mit dem Netzwerk „Köln mitgestalten“. Der Fahrplan sieht vor, dass wir auf der nächsten Ratssitzung von der Verwaltung einen

Vorschlag bekommen werden, wie es mit der Bürgerbeteiligung weitergeht.

Wie gesagt, dieser Fahrplan ist auf dem letzten Plenum des Netzwerks - Herr Hegenbarth war auch dabei - abgestimmt worden. Die Verwaltung konnte zu dem Zeitpunkt noch nicht genau sagen, auf welcher Ratssitzung das gemacht wird. Jetzt wissen wir: Es wird die März-Sitzung sein. Die Verwaltung wird da einen Vorschlag machen, wie gemeinsam mit der Initiative „Köln mitgestalten“ ein Prozess der Diskussion über die Bürgerbeteiligung entwickelt werden kann. Dann werden wir die Debatte entwickeln. Mir ist dieser Vorgang sehr wichtig.

Es ist ja auch nicht so, dass all das, was wir in Köln in Sachen Bürgerbeteiligung gemacht haben, so glänzt, wie man vielleicht manchmal denkt. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir keine Linie haben, wie wir in Zukunft mit dem Bürgerhaushalt umgehen werden; ich sehe sie jedenfalls nicht. Die Beteiligung der Bürger ist noch einmal deutlich zurückgegangen. Wir müssen das ernsthaft diskutieren.

Deswegen bin ich der Meinung, wir sollten eine ernsthafte Debatte entwickeln. In diesen Fahrplan passt leider Ihr Antrag, Kollege Hegenbarth, nicht hinein.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Hoyer zu?

Jörg Detjen (Die Linke.): Ja.

Katja Hoyer (FDP): Herr Kollege Detjen, ich war bei dem besagten Abend; Herr Hegenbarth war ja auch dabei. Der Antrag der Piraten ist ja, wenn ich das richtig verstehe, ein Prüfauftrag. Wir sollen also heute keinen Beschluss fassen. Es wäre doch eine gute Idee, diesen Prüfauftrag in das besagte Konzept mit aufzunehmen. Ich hatte nicht das Gefühl, dass an diesem Abend irgendjemand etwas gegen neue Ideen gehabt hätte. Ganz im Gegenteil: Neue Ideen waren da gefragt. Wir beschließen nichts; es ist ein Prüfauftrag.

Dass Sie hier den Piraten lieb über den Kopf streicheln nach dem Motto: „Ja, ihr seid ganz

nett und stellt charmante Anträge“, ist keine Art und Weise, mit den Piraten umgehen!

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es ist eine Zwischenfrage!

Katja Hoyer (FDP): Ja, das ist eine Zwischenfrage. - Ich hatte bei dem besagten Abend nicht den Eindruck, dass die Leute im Grunde genommen nicht ernsthaft interessiert sind, solche Prüfaufträge aufzunehmen. Das habe ich dort so nicht empfunden.

Jörg Detjen (Die Linke.): Also, ich kann dazu nur sagen: Mir geht es darum, dass die Verwaltung jetzt nicht irgendetwas Neues prüft. Das möchte ich nicht. Ich möchte, dass die Verwaltung die wenige Zeit, die sie hat, dafür nutzt, bis März eine Vorlage zu erarbeiten, damit wir in der nächsten Ratssitzung über die Bürgerbeteiligung sprechen können. - So weit zum Gesichtspunkt der Bürgerbeteiligung. Das ist der Fahrplan, und ich möchte, dass dieser Fahrplan auch tatsächlich eingehalten wird, damit wir in einen Diskussionsprozess über die gesamte Bandbreite von Bürgerbeteiligung kommen. Da gibt es nicht nur Heidelberg; da gibt es auch Bonn, da gibt es Wolfsburg, da gibt es verschiedene Städte, die in dem Diskussionsprozess sozusagen eine Vorbildfunktion haben. Das müssen wir berücksichtigen.

Zweiter Gedanke: Ehrenamt. Vor kurzem gab es eine Veranstaltung - Frau Hoyer war auch da - zum Ehrenamt. Ein konkretes Anliegen der dort Anwesenden war: Wie können wir erreichen, dass auch Ehrenamtler den Köln-Pass bekommen? Darüber sollte man zum Beispiel diskutieren. Das sind konkrete Vorschläge.

Deswegen werden wir diesem Antrag, so leid es mir tut, nicht zustimmen. Herr Hegenbarth, wir arbeiten gut zusammen; gar keine Frage. - Ich hätte mich gefreut, wenn hier wieder das Sparschwein gestanden hätte. Dann hätte ich da etwas reingesteckt.

Ach, da hinten steht es. Alles klar, ich komme gleich vorbei.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Detjen. - Wir kommen zu Frau Laufenberg von der FDP-Fraktion.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir als Freie Demokraten werden dem Prüfantrag der Piraten zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün und auch der Linken, wir haben gehört: Ideen der Piraten sind gut, aber deren Umsetzung ist hier in Köln nicht möglich.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Gut gemeint ist nicht immer gut!)

Ich möchte darauf hinweisen, dass Sie diesen Antrag anscheinend nicht richtig gelesen haben. Ich gebe Ihnen recht: Heidelberg ist nicht vergleichbar mit Köln. Aber in Punkt 1 dieses Antrags steht auch, dass die Stadtverwaltung „angelehnt“ an das eingebrachte Konzept aus Heidelberg prüfen soll, ob diese Initiative hier in Köln realisierbar ist.

Ja, ich stimme Ihnen auch zu, dass unser Oberbürgermeister - oder auch die zukünftige Oberbürgermeisterin - bereits sehr, sehr viele Termine wahrnimmt. Wir haben aber auch hier in Köln drei Vertreterinnen des Oberbürgermeisters, und wir haben neun Bezirke, die von Bürgermeistern geführt und gestaltet werden. Ich könnte mir vorstellen, dass dieses Konzept auch dort zum Tragen kommt. Dementsprechend glaube ich schon, dass es Möglichkeiten für die Umsetzung hier in Köln geben kann.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Freien Demokraten hier in Köln sind der Meinung, dass dies ein weiteres Mitmachangebot für unsere Bürgerinnen und Bürger hier vor Ort sein kann. Es fördert Mehrsprachigkeit; ich finde sehr schön, dass Sie das mit aufgenommen haben. Sie wissen, ich persönlich bin ein Fan davon. Dementsprechend ist mir das sehr wichtig.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Laufenberg, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Sylvia Laufenberg (FDP): Selbstverständlich erlaube ich eine Zwischenfrage.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Ich würde Sie gerne fragen: Wissen Sie denn, was die Bezirksbürgermeister machen? Ich war als stellvertretende Bezirksbürgermeisterin genau für diese Aufgaben zuständig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sylvia Laufenberg (FDP): Dann wissen Sie sicher auch, dass es gerade für Sie als Bezirksbürgermeisterin wichtig gewesen ist, im Dialog mit den Vereinen und Institutionen vor Ort zu sein.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir gemacht!)

Warum ist es dann nicht möglich, auch die Kölnerinnen und Kölner darüber abstimmen zu lassen, welche Vereine und Institutionen hier insbesondere gewürdigt werden? Ja, das tun wir bereits mit dem Ehrenamtspreis. Aber das eine schließt das andere nicht aus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich glaube, es ist falsch, wenn Rot-Grün hier schon wieder der Meinung ist: Ideen sind gut, aber die Umsetzung ist nicht ihr Geschäft. - Herzlichen Dank für den Prüfantrag der Piraten. Wir stimmen dem zu.

(Beifall bei der FDP, der CDU und den Piraten)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da keine weitere Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind natürlich die Piraten, Deine Freunde, die CDU, die FDP, die Gruppe pro Köln sowie Herr Henseler. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.4 Antrag der Gruppe Deine Freunde betreffend „Alternativen zu einer Spielbank in der Cäcilienstraße 32“ AN/0193/2015

Herr Zimmermann, gestatten Sie, dass ich Ihnen noch kurz einen Hinweis gebe, weil Sie zu Beginn der Sitzung noch nicht da waren. Sie haben zum selben Thema noch eine Anfrage gestellt,

die im nichtöffentlichen Teil behandelt wird. Wir müssen hier deutlich unterscheiden zwischen den Dingen, die im öffentlichen Teil diskutiert werden können, und denjenigen, die auch nach Ihrer eigenen Vorstellung in den nichtöffentlichen Teil hineingehören. - Bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Vielen Dank für diesen Hinweis, Herr Oberbürgermeister. Ich habe Sie vorhin aber über Lautsprecher in meinem Ratsbüro gehört. Dieses Kommunikationssystem funktioniert tatsächlich noch.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will eines vorwegschicken, bevor es einer als Skandal aufdeckt: Ich habe im April 2014 dem Beschluss zugestimmt. Es war eine dieser Tagesordnungen mit weit über 100 Punkten. Ich habe versehentlich dem Beschluss zur Spielbank in der Cäcilienstraße zugestimmt. Das bedaure ich und würde es gern revidieren.

Das Zweite ist: Mir hat keiner für diesen Antrag über den Kopf gestreichelt.

(Heiterkeit - Birgit Gordes [CDU]: Das mache ich gleich noch, Herr Zimmermann!)

Ich rechne auch nicht mit einer Mehrheit.

Wir haben diesen Antrag dennoch gestellt, weil wir möchten, dass die Diskussion über eine Spielbank und die zukünftige Nutzung des Grundstücks nicht nur von Politik und Verwaltung in zum Teil nichtöffentlichen Sitzungen geführt wird. Unsere Stadtgesellschaft soll sie in aller Offenheit führen können. Vielleicht ist unser Antrag dazu ein kleiner Baustein.

Wenn Sie unseren Antrag genau lesen, werden Sie feststellen, dass es sich auch bei diesem Antrag lediglich um einen Prüfauftrag an die Verwaltung handelt, der die Realitäten, die Beschlusslage anerkennt. Der im April letzten Jahres gefasste Beschluss ist eindeutig. Das Grundstück wurde inzwischen an einen Investor verkauft mit dem Ziel, dort eine Spielbank und ein Hotel zu errichten. Doch seit diesem Beschluss haben sich die Dinge geändert. Wir glauben, dass sich das eigentliche Bestreben, in der Cäcilienstraße 32 eine Spielbank zu errichten, erledigt zu haben scheint.

Seit dem Beschluss ist aber auch klargeworden, dass an einem anderen Standort, nämlich an der Stadtbibliothek, erheblicher Sanierungsbedarf

besteht. Und nun? Dem Investor an der Cäcilienstraße kann das erst einmal egal sein. Er kann im Zweifelsfall auch ein Hotel ohne Spielbank bauen. Aber uns ist es nicht egal. Falls sich eine Chance auftut, unseren Beschluss zu revidieren, sollten wir sie nutzen.

Gerade eben haben wir mit großer Freude die Schenkung Baukhage angenommen. In der Begründung zur Annahme dieser Schenkung heißt es:

Diese Sammlung entstand zwischen 1960 bis 1980 in der Blütezeit der Kunststadt Köln.

Wohlgemerkt: Diese Blütezeit reicht nicht bis zum Jahr 2015. Weiter heißt es: Sie ist

... ein Kompendium der äußerst lebendigen und fruchtbaren Kölner „Kunstszene“ der Nachkriegszeit - vor allem der 1960er-1980er Jahre - und veranschaulicht deutlich und sinnlich wahrnehmbar den offenen, führenden Geist der Kunstmetropole Köln in dieser Zeit.

Und was machen wir heute? Wir reißen ein Parkhaus aus genau dieser Zeit ab, ein Parkhaus, das 1967 den erstmals verliehenen Kölner Architekturpreis erhielt. Was bauen wir stattdessen gegenüber dem Rautenstrauch-Joest-Museum? Eine Spielbank mit Hotel.

Eine weitere Nachricht aus dem Jahr 1967 - die beiden Nachrichten fügen sich am Ende ganz gut zusammen -, gefunden im Verwaltungsbericht der Stadt Köln, wie gesagt: aus dem Jahr 1967:

Die Raumeinheit der Bibliothek

- gemeint ist die Kunst- und Museumsbibliothek -

in ihrer jetzigen Unterkunft im Wallraf-Richartz-Museum beeinträchtigt die Arbeit in steigendem Maße. Weitere Teilbestände mussten ausgelagert werden. Sechs Mitarbeiter arbeiten in Kellerräumen. Das Wallraf-Richartz-Museum leidet ebenso unter der Raumnot. Im Lesesaal mussten Arbeitsplätze der Besucher für wissenschaftliche Mitarbeiter des Museums zur Verfügung gestellt werden. Nur ein Neubau für die Kölner Museumsbibliothek auf einem dem Museum benachbarten Grundstück wird diesen Schwierigkeiten abhelfen können.

Unsere Idee, die Sie auch in der Begründung unseres Antrags - wie gesagt nur ein Prüfantrag - finden, nämlich eines möglichen Umbaus des Parkhauses, zunächst als Interim für die Stadtbibliothek, später als Standort für die KMB, scheint dieser Zeit zu entspringen, als Köln noch Mut hatte und sich noch nicht dem Diktat von Event und Kommerz unterworfen hatte. Wie gesagt: Es ist nur eine Idee, aber lassen Sie uns doch bitte wenigstens prüfen, ob sie eine Chance hat.

Zur Spielbank an sich. Vergessen Sie bitte, was Sie vielleicht an romantischen Vorstellungen von einem Casino im Kopf haben! Das Vorbild für Köln, die Spielbank in Duisburg,

(Beifall bei Teilen der CDU)

ist letztendlich nicht mehr als eine Automatenhalle in einer Shoppingmall mit angeschlossener Eventkultur. Von Herrn Roters und Herrn Börschel hörte man, dass man sich von einer Spielbank eine gewisse ordnende Funktion hinsichtlich unerwünschter Spielhallen erwarte. Doch was schreibt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung - Zitat -:

Automatenspiele in Spielbanken besitzen unter den legalen Spielen das höchste Suchtpotenzial. Die Spielanreize sind erheblich stärker als bei den Geldspielgeräten mit Gewinnmöglichkeit in den gewerblichen Spielhallen.

Na prima! Das nennt man den Teufel mit dem Beelzebub austreiben.

Deine Freunde lehnen daher eine Spielbank in Köln ab. Wir wollen nicht, dass unser Haushalt von der Spielsucht anderer profitiert. Auf alle Fälle sollte der Standort gegenüber dem Rautenstrauch-Joest-Museum aufgegeben werden. Wir wünschen uns dort eine andere Entwicklung, eine mutigere Entscheidung, als letztlich nur vor einer weiteren Hotelfassade zu stehen. Lassen Sie uns wenigstens versuchen, auch wenn es zu spät zu sein scheint, diesen Ort zu einem Ort der Kultur zu entwickeln!

Schließen möchte ich ganz kurz mit: Es ist nicht alles Gold, was glänzt. - Vielen Dank.

(Beifall bei Deine Freunde und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Struwe für die Fraktion der SPD.

Rafael Struwe (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer im Saal und daheim an den Bildschirmen!

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine lieben Kollegen von Deine Freunde, Herr Kollege Zimmermann, Sie wollten auch ein bisschen gebauchpinselt werden. Das kann ich gerne tun. Ich muss sagen: Einen gewissen Charme konnte ich Ihrem Antrag nicht absprechen, als ich ihn zum ersten Mal gelesen habe. Beim zweiten Lesen ist dieser Charme dann ein wenig gebröckelt. Darauf werde ich im Weiteren noch eingehen.

Es tut mir leid, zu hören, dass Sie es bedauern, dem damaligen Antrag zugestimmt zu haben. Dennoch muss ich hier ein bisschen den Zeigefinger erheben. Politische Verantwortung entsteht genau wie juristische Verantwortung, egal ob man etwas vorsätzlich oder fahrlässig tut. Daran müssen Sie sich schon messen lassen. Aber okay.

Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass das Parkhaus durchaus einen ästhetischen Wert hat. Darüber kann man streiten. Die Frage möchte ich hier auch nicht diskutieren. Ich möchte hier auf die Geschichte zurückkommen und begründen, warum wir Ihrem Antrag nicht zustimmen werden.

Im April 2014 wurde der von Ihnen erwähnte Ratsbeschluss gefasst, und zwar im nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Der Oberbürgermeister hat darauf hingewiesen. Deshalb versuche ich das jetzt so hinzubekommen, ohne geheimhaltungspflichtige Tatsachen preiszugeben. Ich denke, dennoch haben die Kölner es natürlich verdient, wie auch Sie richtig sagten, dass man das Thema auch öffentlich diskutiert, jedenfalls in den Grundaussagen.

Gegenstand dieses Ratsbeschlusses war, dass das Grundstück verkauft wird mit der Maßgabe, dort das Casino zu errichten. Die Standortfrage wurde also implizit beantwortet. Gleichzeitig wurde dem potenziellen Käufer die Möglichkeit weiterer Nutzungen eingeräumt, sollte es mit dem Casino nicht funktionieren.

(Birgit Gordes [CDU]: Hört! Hört!)

- Bitte?

(Birgit Gordes [CDU]: Hört! Hört!)

- Genau.

Jedenfalls war es so: Der StEA war damals mit der Nutzung einverstanden. Mittlerweile ist, wie Sie auch selber sagten, der Beschluss vollzogen. Das heißt, es ist ein Kaufvertrag abgeschlossen worden. Wie wir wissen: Verträge binden. Das bedeutet: Selbst wenn wir jetzt auf gut Deutsch sagen: „Nein, nein, wir überlegen uns das noch mal anders“, kommen wir aus der Nummer nicht heraus, jedenfalls nicht ohne erhebliche finanzielle Belastungen. Sie kennen den Kaufpreis. Selbst wenn die eigentliche Eigentumsübertragung noch nicht stattgefunden hat, hat der Käufer seit dem Kaufvertragsschluss natürlich die Möglichkeit, auf Erfüllung des Vertrages im Zweifel zu klagen oder sich irgendwie anderweitig sein Geld zu holen. Insofern muss man leider sagen, dass der Antrag in diesem Sinne obsolet ist.

Sie sagten eben, Sie wollten überhaupt kein Casino in Köln. Sicherlich können wir über das Thema Spielsucht diskutieren. Wir können darüber diskutieren, wie einzelne Casinos aussehen; ja. Aber ich möchte auch noch einmal betonen, dass es seit 40 Jahren, wie mir eben gesagt wurde, der politischen Auffassung hier in Köln entspricht, dass ein Casino erwünscht ist. Wir haben das recherchiert: Im Jahr 2005 ist von CDU, SPD, Grünen und FDP der Grundsatz bekräftigt worden, dass man ein Casino in Köln haben möchte. Dabei bleiben wir auch.

Der Antrag trifft, wie Sie auch schon gesagt haben, gerade keine exklusive Standortaussage. Der Kollege Börschel wurde in der *Rundschau* zitiert mit den Worten: „Das Bessere schlägt das Gute“. Wenn weitere Vorschläge zu anderen Standorten und anderen Nutzungskonzepten kommen, stehen wir denen sehr offen gegenüber. Wir sind nur der Meinung: Zum jetzigen Zeitpunkt diesen Standort in der Cäcilienstraße ohne Not aufzugeben, ist einfach nicht opportun, da es, wie gesagt, mit gravierenden finanziellen Nachteilen für die Stadt verbunden wäre.

Sie schlagen da Möglichkeiten der kulturellen Nutzung vor. Auch das hat vordergründig Charme, abgesehen von der Tatsache, dass das aus rein rechtlichen und praktischen Gründen schwierig ist. Man muss aber auch sagen: Der Vorschlag kommt ein bisschen zur Unzeit. Denn wie Sie alle wissen, haben wir im Dezember eine umfangreiche Vorlage bezüglich der Sanierung der Stadtbibliothek bekommen. Es wurden umfangreiche Fragen gestellt. Diese Fragen werden hoffentlich bald beantwortet. Sobald diese Antworten vorliegen, werden wir uns dann auch der Standortfrage widmen müssen. Momentan stellt sich diese Frage jedoch nicht.

Ähnliches gilt für die Kunst- und Museumsbibliothek, die Sie angesprochen hatten. Es war ein langer Prozess. Wir alle begrüßen sehr, dass die Zusammenarbeit endlich zustande gekommen ist. Aber die Partner, die Stadt und die Uni, finden sich gerade erst und arbeiten Kriterien aus. Erst am Ende dieses gerade erst begonnenen Prozesses wird sich

die Standortfrage stellen. Dann sollten wir sie auch alle gemeinsam hier beantworten.

Zusammenfassend bleibt zu sagen: Der Antrag aus dem April letzten Jahres ist in dem wesentlichen Punkt, nämlich dem Verkauf, bereits vollzogen. Dies rückgängig zu machen, wäre mit erheblichen finanziellen Nachteilen verbunden. In der Frage des Casino-Standortes sind wir für bessere Ideen offen. Da müssen wir aber einfach schauen, ob uns dazu etwas vorgelegt wird. Wenn das der Fall ist, können natürlich alle hier im Hause noch einmal gemeinsam beraten und endgültig abstimmen. Das sollten wir abwarten. Wie gesagt: Der Antrag kommt einerseits zu früh, andererseits zu spät. Deswegen müssen wir ihn leider ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wir kommen zu Frau Gordes.

Birgit Gordes (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Zimmermann, jetzt geht es mit dem Streicheln los; ich garantiere es Ihnen. Ich bin Ihnen ausgesprochen dankbar, dass Sie diesen Antrag hier heute noch einmal eingebracht haben, da auch wir der aktuellen Berichterstattung entnehmen konnten, dass die Spielbanken GmbH offenbar Abstand von ihren Planungen genommen hat, an der Cäcilienstraße ein sogenanntes Spielcasino errichten zu wollen.

Schon im letzten Jahr haben wir mit völligem Unverständnis und auch mit großer Verärgerung darauf reagiert, dass sich der Stadtentwicklungsausschuss mit den Stimmen von der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP von den 2005 selbst auferlegten maßgeblichen Suchkriterien für eine öffentliche Spielbank verabschiedet hat. Deshalb freue ich mich als Stadtentwicklungsausschussvorsitzende, dass wir das hier heute noch einmal aufarbeiten können.

Im aktuellen Antrag von der Gruppe Deine Freunde sehen wir eine Chance, den kulturell wirklich wertvollen Standort zu retten, liegt doch das Gebiet rund um die Cäcilienstraße im wirklich sensiblen Herzen der Stadt und beinhaltet ein innerstädtisches Quartier mit vielfältigen Nutzungen und vor allem von besonderer Qualität.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Sie alle sich daran erinnern können. Aber fraktionsübergreifend wurde hier einmal der Masterplan beschlossen. Wer den Masterplan damals mitbeschlossen hat, sollte sich auch nachhaltig an seine damaligen Entscheidungen erinnern können; denn dieser Masterplan sah an dieser Stelle ein Kulturcarrée vor. Garantiert sah der Masterplan an dieser Stelle kein beliebiges Hotel mit Gastronomie und schon überhaupt keine Spielhalle vor.

(Beifall bei der CDU)

Der Masterplan sah hier eine Stadtentwicklung vor mit einer besonders hohen, anspruchsvollen und auch wertigen Qualität.

Wenn ich mich an die legendäre Sitzung im letzten Jahr erinnere, war das schon ganz witzig: Beim Thema Grundstücksverkauf hat man dem Rat das Spielcasino wie ein Würstchen vorgehalten. Der Rat schnappte zu, kippte in seiner Meinung um und genehmigte diesen Grundstücksverkauf. Ich bin schon absolut verblüfft, dass ein solches Filetgrundstück, das eigentlich dem Kulturcarrée zugeschlagen werden sollte, ohne irgendeine feste Auflage, zum Beispiel dass das Casino verpflichtend dort zu realisieren ist, einfach so verkauft wird. Ich finde, das ist ein wirklich bemerkenswerter Vorgang.

(Beifall bei der CDU - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum habt ihr denn zugestimmt?)

Frau Berg, vielleicht kann im nichtöffentlichen Teil noch detaillierter darauf eingegangen werden.

Ich mache mir dazu meine Gedanken, warum der Kaufvertrag so ausgestaltet ist, dass der Käufer nun die Möglichkeit hat, dort ein profanes Hotel zu errichten - an diesem wertvollen Standort mit Einzelhandel im Erdgeschoss und mit Tiefgarage.

(Martin Börschel [SPD]: Haben Sie dem nicht zugestimmt?)

- Nein, Herr Börschel, wir haben nicht zugestimmt. Wir nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Das klären wir dann noch einmal!)

- Wir waren immer schon konstant in unseren Meinungen.

Ich frage mich auch, ob an dieser Stelle überhaupt jemals eine Spielbank geplant war. Im Nachgang stelle ich mir vor, dass das durchaus ein kalkulierter Vorgang gewesen sein kann,

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört! Hört!)

dass das nur eine Meinung war, von der alle hier angefixt wurden, weil damit - wie toll! - Geld in die Steuerecke fließt, und deshalb dem Verkauf des Erbpachtgrundstücks zugestimmt haben.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dazu muss man dann aber auch stehen!)

Hier an dieser Stelle werden garantiert definitiv Chancen vertan, zum Beispiel die Chancen, die Sie, Herr Zimmermann, aufgeführt haben, wie der Neubau einer Stadtbibliothek an der Stelle - das könnte ich mir auch vorstellen - oder die Ansiedlung der Kunst- und Museumsbibliothek

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Zu klein!)

oder sonstige kulturelle Nutzungen. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: An der Cäcilienstraße gibt es für alles Platz, nur nicht für ein zusätzliches Hotel. Stadtentwicklung kann und will sich in der Innenstadt nicht auf den Bau von Hotels beschränken. Innerstädtische Stadtentwicklung verträgt es nicht, jede Baulücke, jeden leergezogenen Bürokomplex und jedes überholte Parkhaus mit Hotels zu überplanen, auch nicht durch die Hintertür.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch ich stehe an vorderster Stelle für Planungssicherheit. Aber Planungssicherheit kann nicht immer nur eine Einbahnstraße in Richtung Wirtschaft sein. Planungssicherheit muss vor allem Planungssicherheit auch für den Bürger der Stadt Köln sein. Was wir dem einmal versprochen haben, sollten wir auch halten. Deshalb fordere ich Sie auf: Geben Sie der Kölner Kultur- und Stadtentwicklung die Entwicklungsmöglichkeiten, die sie verdient! Stehen Sie zu unserem Masterplan und setzen Sie die Entwicklung des Kulturcarrées an der Stelle fort! Und: Setzen Sie sich für einen Spielhallenstandort ein, der die Vorgaben aus dem Jahre 2005 auch tatsächlich erfüllt! Denn eines

ist ganz sicher: Das Einzige, was ein Hotelstandort mit Kultur gemein hat, ist erstens die Hoffnung, dass vielleicht Menschen fremder Kulturen dort übernachten, und zweitens die Kulturförderabgabe.

Ich bitte Sie, Herr Oberbürgermeister, die einzelnen Punkte des Antrags getrennt abstimmen zu lassen. Wir werden den ersten drei Punkten gerne zustimmen, Herr Zimmermann. Nur den vierten Punkt lehnen wir ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Ehe ich jetzt Herrn Frank das Wort gebe, noch eine Frage an Sie, Frau Gordes. Sind Sie damit einverstanden?

(Birgit Gordes [CDU]: Ja!)

Rafael Struwe (SPD): Auch wenn ich inhaltlich nicht unbedingt alles teile, kann ich es verstehen. Aber Sie wissen schon, dass wir über mehrere Millionen Euro reden, die wir verpulvert hätten. Wo wollen Sie die einsparen?

Birgit Gordes (CDU): Ich habe auch die Vorlage gelesen. Das gleiche Problem haben wir, glaube ich, auch an anderer Stelle, zum Beispiel in Ehrenfeld. Lassen wir es doch einfach einmal prüfen. Es ist ein Prüfauftrag.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Bitte schön, Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Birgit Gordes, ich bin ja für alles offen. Aber was ich nie verstehe, ist der Zickzackkurs, der gefahren wird.

Zum Ersten. Im Jahr 2005 gab es einen Antrag, den die CDU hier mit beschlossen hat - gemeinsam mit den Grünen und der SPD.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Zuruf von Birgit Gordes [CDU])

Damals sollte das Rautenstrauch-Joest-Museum am Ubierring für das Spielcasino zur Verfügung gestellt werden. - So viel zum Kulturverständnis.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis
90/Die Grünen)

Das Zweite ist: Dieser Liegenschaftsbeschluss, über den ich natürlich im öffentlichen Teil nichts weiter ausführen darf, ist auch mit Ihren Stimmen gefasst worden. Allein schon deshalb, weil die Einnahme aus dem Grundstücksverkauf eine solch stolze ist, haben auch Sie nicht Nein dazu gesagt und hatten keinerlei Bedenken. - Wenn ich „Sie“ sage, meine ich die CDU-Fraktion; die Zusammensetzung war zum Zeitpunkt des Beschlusses noch eine andere.

Insofern muss man sich, denke ich, schon überlegen, ob man sich jede Woche eine andere Meinung leistet oder ob man auch einmal eine Linie durchhält.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Jetzt möchte ich aber zum Ursprungsgedanken zurückkommen. Ganz unbescheiden muss ich sagen: Wir Grüne haben die Initiative ergriffen und gesagt: Dieses Parkhaus muss weg. Es ist eines der größten städtebaulichen Schandflecke, die die Innenstadt zu bieten hat, fast so wie der hier vorn ein paar Hundert Meter weiter. Die Cäcilienstraße ist eine Straße, die man städtebaulich unbedingt aufwerten sollte, aber dazu muss dieses Parkhaus weg. Das ist auch verkehrspolitisch sinnvoll; denn wir haben viel zu viele Parkhäuser und halten ein Angebot vor, das einer modernen, umweltgerechten Verkehrspolitik nicht mehr gerecht wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aus diesen beiden Erwägungen heraus haben wir vor zweieinhalb Jahren die Initiative ergriffen, die dann auch Erfolg hatte. Ja, ich weiß, dass große Teile der CDU-Fraktion dieses Parkhaus verteidigt haben. Ob das dieselben Gründe waren, die Herrn Thor Zimmermann heute umtreiben, wage ich zu bezweifeln. Allerdings kann ich Ihren nostalgischen Gedanken, Herr Zimmermann, auch nicht nachhängen; so toll fand ich die 60er-Jahre nicht, zumindest nicht, was die Parkhäuser angeht.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis
90/Die Grünen)

Wenn wir von Aufwertung in diesem Bereich sprechen, dann wird sie auch in dem Fall stattfinden, wenn das Spielcasino der WestSpiel GmbH dort nicht errichtet werden sollte. Diese Aufwertung kann die Form eines Hotels annehmen, das kann ein Geschäfts- und Wohnhaus

sein. Wir kennen ja die Bedingungen, zu denen wir das Grundstück verkauft haben. Das alles ist möglich. Insofern wird das auf jeden Fall von Vorteil sein.

Das besondere Bestreben von Herrn Zimmermann war: Können wir dort nicht irgendwas Kulturelles vorsehen? Ich erinnere daran, dass wir - wann war es genau? - am 13. November 2014 einen Beschluss zur Kunst- und Museumsbibliothek gefasst haben. Unter der Überschrift „Tragfähige Lösung für Raumbedarf der KMB entwickeln“ wird die Verwaltung beauftragt, eine Lösung für den dringenden Raumbedarf zu finden. Wörtlich heißt es:

Daher wird die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit der Universität zu Köln ein Konzept zu erarbeiten, das die KMB an einem geeigneten Standort zusammenführt.

Ein sehr sinnvoller Beschluss, der der Bedeutung dieser wissenschaftlichen Einrichtung auch gerecht wird, die nicht nur mit den Museen, sondern auch sehr viel mit der Universität zu tun hat. Die Verwaltung hat den Auftrag, uns im dritten Quartal 2015 eine Lösung vorzulegen. Die schauen wir uns dann mal an. Das heißt: Wir haben eine klare Beschlusslage und deshalb keinen Grund, uns jede Woche etwas Neues zu überlegen.

Dann haben Sie vorgeschlagen, man könnte die Zentralbibliothek dorthin verlegen. Wir wissen aus den Unterlagen, die jeder von uns erhalten hat, dass die oberirdischen Räumlichkeiten der Zentralbibliothek etwa 15 000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche ausmachen. Am Standort Cäcilienstraße können baurechtlich maximal 10 000 bis 11 000 Quadratmeter untergebracht werden. Das heißt: Die Zentralbibliothek passt da einfach nicht rein. Damit ist das Thema schon durch.

Auch den Vorschlag, der herumgeistert, man möge die Zentralbibliothek doch auf das Grundstück des alten Historischen Archivs in der Severinstraße setzen, finde ich absurd, weil, wie jeder weiß, keiner genau sagen kann, wann dieses Grundstück bebaubar ist.

Also: Wer es wirklich ernst nimmt mit Kultur und Bildung, der sollte keine Vorschläge machen, die diesen wichtigen und gut geführten Institutionen einen Weg ins Nirwana weisen. Damit würden wir ihnen wirklich Unrecht tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Noch zwei Anmerkungen zur Frage des Spielcasinos: Man muss kein Freund des Spielcasinos sein. Es gibt auch Leute, die keine Freunde des Musicals sind. Es gibt auch Leute, die Nachbars schlecht finden. Das alles sind Geschmacksfragen. Jeder kann das entscheiden, wie er möchte. Ich persönlich kann Musicals nichts abgewinnen. Trotzdem habe ich in meiner Fraktion nicht dafür gekämpft, das Staatenhaus keinesfalls für ein Musical zur Verfügung zu stellen. Wenn ich das nicht mag, gehe ich da halt nicht hin, und das ist auch gut so. Aber: Zu einer Metropole, die wir ja sein wollen, gehört eine Vielfalt von Angeboten, und zur Vielfalt gehört eben auch ein Musical, gehört eben auch ein Spielcasino. Diese Kleinkariertheit kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Deshalb, denke ich, sollten wir uns darüber nicht weiter echauffieren.

Es gibt aber noch zwei gute Gründe, warum alle demokratischen Fraktionen damals die vierte Spiellizenz gefordert haben, die uns letztendlich von der rot-grünen Landesregierung 2012 zugebilligt worden ist. Das war zum einen schlicht der Grund der Einnahme. Ja, wir wissen, nach konservativen Schätzungen können wir dadurch etwa 4 Millionen Euro einnehmen. Das entspricht in etwa der Größenordnung der Kulturförderabgabe. Wenn man in Köln Kultur finanzieren möchte, will ich auf eine solche Einnahme nicht verzichten. Diese Frage stellt sich sehr schnell, wenn es um die Unterstützung der Freien Szene geht: Wo kommt denn das Geld her?

Der zweite Gesichtspunkt ist der ordnungspolitische. Wir halten staatlich kontrollierte und gesteuerte Einrichtungen immer noch besser als illegale oder in Grauzonen befindliche; denn Letztere haben oft mit Geldwäsche und auch mit Spielsucht zu tun. Nicht zuletzt fließen die Einnahmen aus diesen Spielcasinos in eine Stiftung, nämlich in die Stiftung Wohlfahrtspflege; das darf man auch nicht vergessen.

Also: Wenn, dann muss man sich schon genau damit auseinandersetzen, bevor man das einfach wegwischt. Aber die Grundidee, immer wieder neu über ein Grundstück nachzudenken, wo die Beschlüsse längst gefasst sind, bringt uns nicht weiter.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Frank. - Wir kommen dann zu Herrn Weisenstein von der Fraktion Die Linke.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Gegen den Verkauf des Geländes an der Cäcilienstraße haben seinerzeit nur die Linke und die CDU gestimmt: die Linke in jedem Gremium, die CDU nicht in jedem Gremium. Allen anderen blinkten ein Stück weit die Euro- oder Dollar-Zeichen in den Augen, als sie beschlossen, dieses Grundstück zu verkaufen und dort eine Spielhalle errichten zu lassen.

Ich muss jetzt leider ein wenig von meinem vorbereiteten Redetext abweichen; das wollte ich heute eigentlich nicht. Aber Herr Frank, ich habe mich schon darüber geärgert, dass Sie sich hier hinstellen und ein Spielcasino mit einem Musical oder einer sonstigen Kultureinrichtung vergleichen. Diese Spielcasinos sind gesundheitsschädlich. Sie hier mit einem Musical oder Ähnlichem zu vergleichen, finde ich einfach nicht richtig.

(Beifall bei der Linken. und bei der
CDU)

Die Frage, wie viel Geld die Stadt aus diesem Gelände wirklich herausholt, wollen und dürfen wir jetzt nicht diskutieren. Aber ich glaube, dass viele Leute zu hohe Erwartungen haben. Man muss sehen, wie das kommen wird. Auf jeden Fall sind wir der Auffassung, dass man mit einem Spielcasino und mit der Sucht von Menschen nicht einen städtischen oder einen sonstigen Haushalt sanieren darf.

(Beifall bei der Linken.)

Lieber Thor Zimmermann, selbstverständlich wäre es schön, wenn man das Gelände an der Cäcilienstraße für Kultur nutzen könnte. Eine Zwischennutzung für die Stadtbibliothek während der Zeit der Sanierung am Haubrich-Hof und eine anschließende Nutzung als Kunst- und Museumsbibliothek - das sind sehr schöne Szenarien, die auch wir schon angedacht und durchgerechnet haben.

Für eine dauerhafte Umsiedlung der Stadtbibliothek wurden in der letzten Zeit einige Standorte ins Gespräch gebracht. Wir sehen das sehr kri-

tisch; denn der Haubrich-Hof ist ein optimaler Standort für die Bibliothek mit einer sehr guten Infrastrukturanbindung. Wir sind der Meinung, das ist der richtige Standort, und dabei soll es bleiben.

Das Parkhaus Cäcilienstraße kommt für eine dauerhafte Umsiedlung der Stadtbibliothek sowieso nicht infrage; das ist schon jetzt bekannt. Der Platz würde nicht ausreichen. Das hat Herr Frank bereits ausgeführt; daher will ich das jetzt nicht wiederholen.

In Bezug auf eine kulturelle Nutzung des Geländes an der Cäcilienstraße ist das Kind schon vor langer Zeit in den Brunnen gefallen bzw. es wurde hineingeschubst, indem man das Gelände dort verkauft hat.

Es ist natürlich nicht sehr redlich - das muss man auch einmal dazusagen, Frau Gordes und Herr Zimmermann -, jetzt in der Öffentlichkeit darzustellen, man könnte das alles rückabwickeln. Das Ding ist verkauft. Der Investor will sein Geld damit machen. Der wird sich nicht auf Wolkenkuckucksheim einlassen und sagen: Na gut, ihr habt es euch anders überlegt; dann verzichte ich auf mein Geld. Hier habt ihr es zurück. - Das zu suggerieren, finde ich unredlich. Der Antrag liest sich schön; wunderbar. Aber er kommt zum völlig falschen Zeitpunkt,

(Beifall bei der Linken.)

und er ist einfach völlig unrealistisch. Deswegen können wir dem auch nicht zustimmen. Meine Damen und Herren, dieser Antrag hat mit der Realität nichts zu tun.

Wir sollten all unsere Kraft darauf verwenden, dass die Bibliothek am Neumarkt hervorragend restauriert wird. Wie das im Detail aussieht, wird heute noch keiner sagen. Dazu wird es im Kulturausschuss eine ausführliche Beantwortung geben. Dann muss man sehen, wie man das optimal hinkriegt. Der Platz an der Cäcilienstraße ist zu klein, und der Investor wird auch nicht einfach so zurückziehen. Deswegen ist dieser Antrag aus unserer Sicht abzulehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ihre Krawatte, Herr Oberbürgermeister, gefällt mir heute besonders gut, wenn ich das einleitend sagen darf.

Es ist schon interessant, was für eine Tagesordnung wir heute haben. Bereits am Anfang stehen da Anträge, die von den Gruppen kommen und die zu Debatten führen. Das liegt natürlich auch daran, dass den Mehrheitsfraktionen anscheinend die Ideen ausgegangen sind, wie sie diese Stadt hier gestalten wollen. Von Ihnen kommt gar nichts mehr.

Die Freien Demokraten - da kann ich mich direkt outen - haben der damaligen Vorlage zugestimmt, insbesondere aus dem Gedanken heraus: Wir sind für die Spielbank. An der Debatte jetzt sieht man, wo hier die Grenzen verlaufen, nämlich zwischen denen, die das ganz und gar ablehnen, und denen, die diesen Standort ablehnen. Von daher: Wir waren immer für diese Spielbank, und wir sind dankbar, dass es geklappt hat, die zusätzliche Lizenz nach Köln zu holen.

Kollegin Gordes, es ist lobenswert, dass sich die CDU gedacht hat, dass der Standort Cäcilienstraße nicht der richtige dafür ist. Allerdings habe ich mich bei Ihrer Argumentation etwas gewundert, und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen macht der Masterplan keine Aussage zu diesem Grundstück; ich habe es gerade im Internet recherchiert. Das Rasengleis ist natürlich ein Thema gewesen für Speer, das Parkhaus jedoch nicht. Von daher macht es auch keinen Grund, das jetzt zu hoch zu hängen und den Standort mit dem Argument Kulturquartier abzulehnen. Zum anderen habe ich mich über Ihre kritische Aussage zum Thema Hotels in der Innenstadt gewundert. Ich meine, es laufen gerade einige Projekte, wo wir froh sein sollten, dass sich da noch etwas ansiedelt. Wir jedenfalls sind froh, dass die Hotellerie hier so gut klappt. Ich bin gespannt, wie vielen Hotelstandorten in der Innenstadt die CDU-Fraktion in den nächsten fünf Jahren, bis zum Ende dieser Ratsperiode, noch zustimmen wird.

Da gebe ich Ihnen recht, Herr Zimmermann. Anders als Herr Weisenstein hier ausführte, kommt Ihr Antrag genau zur rechten Zeit. Man hat ein schlechtes Gefühl bei diesem Standort. So ging es zumindest mir bzw. uns beim damaligen Beschluss. Die Stimmung damals war: Na gut, die haben das lange geprüft. Wir wollen die West-Spiel auf jeden Fall hier mit einem Spielcasino haben. Wenn sie den Standort Cäcilienstraße als den besten Standort - es ging ja auch noch um

andere Kriterien wie zum Beispiel die Verfügbarkeit - identifiziert haben, dann mag es so sein. - Jetzt gibt es andere Parameter. Ja, die Umgebung ist nicht gerade so, wie man sich das für einen Abend in einer Spielbank vorstellt: Man geht vielleicht vorher ins Kino oder ins Restaurant, dann ein bisschen in die Spielbank und nachher in die Disko. Da können wir uns andere Standorte in der Stadt vorstellen, die diese Vorstellung eher erfüllen.

Deswegen, Herr Zimmermann: Auch wenn wir vielleicht aus unterschiedlichem Antrieb dahinkommen, finden wir Ihren Antrag richtig, dieses Zeitfenster, was sich möglicherweise jetzt ergibt, zu nutzen und auch vonseiten des Rates noch einmal ein Signal an den Investor zu senden, zu fragen: Habt ihr für die Spielbank nicht noch einen besseren Standort? Deswegen finde ich die ersten drei Punkte Ihres Antrags sehr gut; diesen würden wir auch zustimmen.

Beim vierten Punkt gehen bei Ihnen ein bisschen die kulturpolitischen Wünsche durch. Man hofft, mit diesem Grundstück die eierlegende Wollmilchsau gefunden zu haben: für die Stadtbibliothek und für die Kunst- und Museumsbibliothek. Ich halte es nicht für realistisch, jetzt alles darauf zupacken, zumal in einem Stadium, wo wir im Grunde noch nicht einmal das Grundstück wieder in der eigenen Verfügungsmacht haben. Von daher würden wir den vierten Punkt ablehnen.

Aber das Zeitfenster sollten wir nutzen, um einen besseren Standort zu finden. Da bin ich ganz bei Herrn Börschel, nämlich zu sagen: Wenn es etwas Besseres gibt, dann schlägt das eben auch den Standort Cäcilienstraße. Ich finde, es wäre gut, wenn der Rat ein möglichst einmütiges Signal senden würde, dass wir diesen Standort nicht für optimal halten, was schlussendlich bedeutet: Wir können den ersten drei Punkten Ihres Antrags zustimmen. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Lassen Sie noch eine Frage von Herrn Weisenstein zu?

Ralph Sterck [FDP]: Bitte sehr, Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Herr Sterck, ich konnte Ihrem Redebeitrag jetzt nicht wirklich entnehmen, was Sie sich vorstellen, was in der Cäcilienstraße dann realisiert werden soll. Das war ja der Kern dieser Debatte. Ich habe jetzt

nichts Eindeutiges gehört, was Sie da präferieren.

Ralph Sterck (FDP): Ich habe auch nichts Eindeutiges gesagt.

(Lachen von Susana dos Santos
Herrmann [SPD])

Hören Sie mal, wir sind in einer wachsenden Stadt! Die Investoren lecken sich die Finger nach einem Grundstück wie diesem. Wenn die eine Nutzung wegfällt, wird sich eine andere Nutzung finden. Man muss schauen, was da noch möglich ist. Ich habe nicht die Angst vor einem Hotel, wie sie Frau Gordes hat. Ich könnte mir auch eine kulturelle Nutzung vorstellen. Schauen wir mal!

Wir müssen erst einmal das Grundstück in die Verfügungsgewalt zurückbekommen. Wir haben doch gerade gehört, es ist erst mal weg. Das heißt, wir müssen erst einmal den Fuß wieder in die Tür bekommen. Dann können wir den Bären erlegen und überlegen, wie wir das Fell verteilen. Deswegen habe ich da noch keine konkreten Vorstellungen. Aber ich mache mir keine Sorgen, dass das Grundstück un bebaut bleibt. Dafür werden wir schon eine gute Nutzung finden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Bernd
Petelkau [CDU])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Zimmermann, Sie wollten sich noch einmal dazu äußern.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Ich will nicht unbedingt eine zweite Runde eröffnen. Aber ich bzw. wir sind jetzt mehrfach auf unseren Antrag angesprochen worden. Daher möchte ich ganz kurz dazu Stellung nehmen.

Zum einen muss man sagen: Lieber Michael, das unterscheidet uns eben. Wir sind hier nicht der Realo-Flügel im Rat. Wir sind weiterhin auch für die Utopien in Köln zuständig, und das machen wir auch ganz gerne.

Zum anderen will ich sagen: Punkt 3 unseres Antrags besagt genau das, nämlich dass das Grundstück weg ist. Das wissen wir. Deshalb fordern wir die Verwaltung auf, mit dem Investor das Gespräch zu suchen. Was ist denn daran eigentlich so verwerflich?

(Beifall bei Deine Freunde und der CDU)

Denn: Auch wenn Sie das wollen und auch wenn wir das so beschlossen haben, ein Casino an der Cäcilienstraße wird es einfach nicht geben. Die WestSpiel hat nämlich kein Interesse daran. Sie werden von der WestSpiel kein einziges offizielles Statement finden, was sich pro Cäcilienstraße ausgesprochen hat. Die Verwaltung ist laut Presse längst dabei, einen alternativen Standort zu prüfen.

Deswegen ist, wie Herr Sterck gerade sagte, ein kleines Zeitfenster offen, in dem wir uns überlegen können: Okay, keine Spielbank. Was machen wir jetzt: ein Hotel oder eine andere Nutzung? Ich bin nicht für ein Hotel, sondern für eine andere, eine kulturelle Nutzung. Ich bitte darum, dass die Verwaltung und nicht etwa Herr Frank prüfen soll, was möglich und machbar ist.

(Beifall bei Deine Freunde, der CDU und der FDP)

Ich habe auch gar nicht gefordert, dass dort die Stadtbibliothek angesiedelt werden soll. Deswegen waren Ihre Rechnungen, Herr Frank, zu den Bruttogeschossflächen voreilig. Zum einen: Das soll die Verwaltung ausrechnen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Verwaltung hat das ja gemacht! Ich habe sie nur zitiert!)

Zum anderen heißt es in der Begründung des Antrags ganz klar: Es soll eine Interimslösung sein für den Fall, dass das möglich ist. - Das soll die Verwaltung bitte schön einmal prüfen. Das finde ich auch nicht unrealistisch oder utopisch, sondern das ist durchaus im Bereich des Machbaren.

Alte hässliche Parkhäuser - ein anderes Thema, auch weil ich heute selbst mit einem Parkhaus-T-Shirt herumlaufe -:

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat mich jetzt auch irritiert! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir schon gesehen!)

Es geht um Konversion, Herr Frank. Es geht nicht darum, ein Parkhaus zu erhalten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht um das Schönreden Ihres Antrags!)

- Nein, das steht alles so drin. - Ich möchte das Parkhaus überhaupt nicht als Parkhaus erhalten. Ich möchte, dass geprüft wird, ob es umgebaut werden kann. In der wunderschönen Stadt Münster ist das in der Stubengasse hervorragend gelungen. Wenn ja, dann kann man auch eine andere Nutzung für dieses Parkhaus finden, eben eine kulturelle Nutzung.

Ich freue mich über die Zustimmung von manchen Gruppen und Fraktionen hier im Ratssaal. Schade, dass der Antrag keine Mehrheit finden wird. Die Diskussion wird trotzdem weitergehen. Herr Börschel wird selbst daran teilnehmen, und zwar am 10. März im Haus der Architektur in Köln - ich kann Sie quasi alle dazu einladen -: eine Stunde Baukultur. Herr Börschel wird sprechen, sicher auch zum Standort Cäcilienstraße. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, kommen wir jetzt zur Abstimmung.

(Bernd Petelkau [CDU]:
Abschnittsweise!)

- Ja. - Die Frage ist: Sollen wir alle vier Ziffern einzeln abstimmen lassen oder die ersten drei en bloc und dann die vierte einzeln?

(Bernd Petelkau [CDU]: Die ersten drei und dann die vierte!)

- Das hatte ich auch so herausgehört. Das ist unproblematisch.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag von Deine Freunde, und zwar über den Beschlussvorschlag unter den Ziffern 1, 2 und 3. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP, das ist die CDU, das sind die Piraten, das sind Deine Freunde und Herr Henseler. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der Gruppe pro Köln, der AfD, den Grünen, der SPD und der Linken. Das heißt, der Antrag in den Ziffern 1, 2 und 3 ist abgelehnt.

Wird die Notwendigkeit gesehen, über Ziffer 4 abzustimmen?

(Bernd Petelkau [CDU]: Ja, muss!)

- Gut, dann machen wir das. - Wer für Ziffer 4 ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Gruppe Deine Freunde. Wer enthält sich? - Dann ist der Antrag insgesamt abgelehnt.

Wir haben heute noch einen weiteren Antrag zu behandeln, nämlich den unter Tagesordnungspunkt 3.1.5:

**3.1.5 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke., der FDP-Fraktion, der Gruppe Piraten, der Gruppe Deine Freunde sowie von Ratsmitglied Andreas Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend „Leistungsnovelle zum Wohngeld“
AN/0219/2015**

Zunächst gebe ich das Wort an Herrn Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die eigene Wohnung ist jedem Menschen lieb und teuer. „Teuer“ ist dabei genau das Problem - gerade in Städten wie Köln mit einem angespannten Wohnungsmarkt und den daraus resultierenden hohen Mieten.

Dieses Problem ist aber nicht neu. Schon seit Jahrzehnten müssen Menschen - es werden leider immer mehr - einen so hohen Anteil ihres Einkommens für die Miete und die Nebenkosten ausgeben, dass ihnen buchstäblich nicht mehr genug zum Leben bleibt.

Das hat auch der Gesetzgeber längst erkannt. Schon seit über 40 Jahren gibt es das Wohngeld, einen Zuschuss zur Miete oder einen Entlastungsbetrag bei Wohneigentum, damit den Menschen neben der Miete noch finanziell Luft zum Leben bleibt.

So weit, so gut. Dieses an sich so sinnvolle Instrument sozialer Politik ist aber zunehmend wirkungslos geworden. So haben - diese Zahlen beziehen sich jetzt nur auf Köln - im Dezember 2010 noch 10 239 Haushalte Wohngeld bezogen. Im Dezember 2014, vier Jahre später, waren es nur noch 6.340.

Das liegt nun leider nicht daran, dass sich die wirtschaftliche Situation der Menschen so stark gebessert hätte, dass sie ohne Zuschüsse auskommen, was ja schön wäre, sondern daran, dass die Einkommens- und Mietobergrenzen beim Wohngeld zuletzt 2009 angepasst worden sind.

Damals wurde übrigens erstmals eine Heizkostenkomponente eingeführt - eigentlich eine gute Idee -, die aber, warum auch immer, 2011 schon wieder abgeschafft wurde. Seitdem ist nur die

Kaltmiete anrechenbar, was angesichts der stets steigenden Heizkosten keinen Sinn macht. Wie soll eine Familie, die schon Schwierigkeiten hat, die Kaltmiete zu bezahlen, die Heizkosten ohne Hilfe stemmen?

Die Mieten sind besonders in Köln seit 2009 deutlich gestiegen, und zwar um etwa 20 Prozent, ohne dass das auch nur irgendeinen Niederschlag bei der Mietobergrenze beim Wohngeld gefunden hätte.

Da auch die Einkommen gestiegen sind - leider nicht ganz so stark wie die Mieten, aber immerhin -, sind in den letzten Jahren immer mehr Menschen aus der Förderung mit Wohngeld herausgefallen. Das ist zum einen für diese Menschen fatal.

Es ist zum anderen aber auch für unsere Stadtkasse schlecht. In dem genannten Zeitraum sind nämlich die Regelsätze in SGB II und XII völlig zu Recht sechs Mal angepasst worden. Das führt jetzt zu der merkwürdigen Situation, dass immer mehr Menschen, die zwar keinen Anspruch auf Wohngeld haben, aber ihre Miete und die Nebenkosten trotzdem nicht aufbringen können, gezwungen sind, Transferleistungen zu beantragen. Diese Transferleistungen zahlt nun einmal nicht der Bund, sondern die Stadt.

Diese Umverteilung von Soziallasten vom Bund auf die Stadt ist einfach unfair. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, die angekündigte Wohngeldnovelle schnellstmöglich umzusetzen und dabei auch die gestrichene Heizkostenpauschale wieder einzuführen. Ganz unbedingt müssen auch die Mietpreisgrenzen an die tatsächlichen Mietpreise angepasst werden. Das gilt besonders für Großstädte wie Köln.

Damit es nicht jedes Mal einer neuen Gesetzesänderung bedarf, um das Gesetz an die Wirklichkeit anzupassen, schlagen wir gemeinsam mit dem Städtetag Nordrhein-Westfalen eine Dynamisierung des Wohngeldes vor, also eine Dynamisierung der Einkommens- und Mietobergrenzen.

Ein so geändertes Gesetz würde vielen Kölner Bürgerinnen und Bürgern das Leben leichter machen und zudem die Stadtkasse entlasten. Deshalb hoffe ich sehr, dass dieser von einer breiten Mehrheit getragene Beschluss des Rates der viertgrößten Stadt dieser Republik in Berlin Gehör findet. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen zu Frau Gärtner für die Fraktion der CDU.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Wohngeldnovelle ist ein wichtiges Thema für viele Menschen in unserer Stadt und für die Stadt selbst wegen der hohen finanziellen Belastungen, die damit verbunden sind. Erfreulich ist, dass wir hier bezüglich dieses Antrags einen großen Konsens von acht Fraktionen und Gruppierungen haben. Daher will ich jetzt auch nicht den ganzen Antrag wiederholen und vorlesen. Er ist im Internet nachzulesen. Es gibt aber einige Punkte, die ich kurz herausstellen möchte.

Die Miet- und die Nebenkosten sind in den Städten besonders hoch. Dabei ist Köln von diesem Problem besonders stark betroffen, weil zum einen preiswerter Wohnraum fehlt und zum anderen in unserer Stadt viele Menschen mit relativ niedrigen Einkommen leben. Deshalb hat der Rat in den vergangenen Monaten auch eine Reihe von Beschlüssen zur Schaffung von preiswertem Wohnraum gefasst. Das reicht jedoch nicht aus, zumal eine Reihe dieser Maßnahmen eine erhebliche Vorlaufzeit haben werden. So lange können wir lange nicht warten. Deshalb ist die Wohngeldnovelle dringend erforderlich. Im Übrigen braucht nicht nur Köln diese Entlastung.

(Beifall von Bernd Petelkau [CDU])

Unsere Stadt steht vor ganz enormen finanziellen Herausforderungen unterschiedlicher Art. Daher müssen die Sätze beim Wohngeld unbedingt angehoben werden. Aber nicht nur das: Auch der Zuschnitt der Mietstufen muss überarbeitet werden, da diese Stufen nicht mehr zeitgemäß sind. Gegebenenfalls sollte noch eine weitere Stufe eingeführt werden, um die Kostenstruktur in unserer Stadt und vielen anderen Großstädten besser abzubilden.

Angesichts der steigenden Heizkosten halten wir auch die Wiedereinführung einer Heizkostenpauschale für geboten.

Außerdem fordern wir eine Dynamisierungsklausel, damit bei steigenden Kosten nicht ständig das Gesetz geändert werden muss und zugleich die auf alle Beteiligten entfallenden Kosten viel besser kalkulierbar werden.

(Beifall bei der CDU)

Es ist also dringender Handlungsbedarf gegeben. Dabei muss der Bund die Kommunen schnell entlasten, und zwar aus folgendem Grund: Wohngeld wird von Bund und Land je zur Hälfte getragen. Wenn das Wohngeld nicht angehoben wird, müssen immer mehr Menschen SGB-II-Leistungen beantragen. Diese werden zu etwa 70 Prozent von der Stadt getragen. Das bedeutet, dass es zu einer Kostenverlagerung vom Bund und vom Land auf die Stadt kommt.

Ich will noch einmal betonen, dass das Land bei den SGB-II-Leistungen überhaupt keine Kosten mitträgt - im Gegensatz zum Wohngeld.

Deshalb möchte ich anschließend noch einen wichtigen Appell an das Land und unsere Landtagsabgeordneten, insbesondere aus den beiden regierungstragenden Fraktionen, richten. Derzeit verhandelt der Bund mit den Ländern wegen der Wohngeldnovelle. Die Länder tragen, wie gesagt, 50 Prozent dieser Kosten. Wir hoffen, dass nicht durch einzelne Länder, insbesondere nicht durch Nordrhein-Westfalen, diese Verhandlungen verzögert werden. Immerhin muss das Land dann höhere Kosten übernehmen; denn an den Mehrbelastungen, die im Augenblick von der Stadt im Rahmen des SGB II getragen werden, ist das Land überhaupt nicht beteiligt. Insofern hat das Land im Grunde gar kein Interesse daran, das Wohngeld zu novellieren. Wir als Kommune haben dieses Interesse aber sehr wohl.

Deshalb appelliere ich nochmals an alle, die auf Landesebene Verantwortung tragen: Stellen Sie sich an die Spitze der Bewegung, und fordern Sie diese Wohngeldnovelle.

Wir hoffen, dass der heutige einmütige, parteiübergreifende Appell dann auch in Berlin Gehör findet und wir als Stadt möglichst schnell entlastet werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Heuser, bitte.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vor beinahe 50 Jahren wurde in Deutschland das erste Gesetz zur Gewährung von Miet- und Lastenbeihilfen, das Wohngeld mit Rechtsanspruch, eingeführt. Vorausgegangen war der Anstieg der Mieten aufgrund der Liberalisierung des Wohnungsmarktes in den 1960er-Jahren.

Auf Antrag wird einkommensschwächeren Haushalten, die keinen Anspruch zum damaligen Zeitpunkt auf Sozialhilfe und aktuell auf Arbeitslosengeld II haben, ein staatlicher Zuschuss zur Miete gewährt, um die Wohnkosten tragen zu können. Voraussetzung ist immer, dass Einkommen vorhanden ist.

Im Grunde genommen kommen diese Haushalte also ganz gut mit ihrem Einkommen zurecht, wenn sie mit dem Wohngeld unterstützt werden. Genau so ist der Zweck des Wohngeldes auch im Wohngeldgesetz beschrieben:

Das Wohngeld dient der wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens.

In die Praxis übersetzt bedeutet das, dass Haushalte mit geringem Einkommen nicht nur Zugriff auf das schmale Segment mit besonders günstigen Mieten haben sollen, sondern auch Zugang zu Wohnungen mit durchschnittlichen Mieten bekommen sollen. Damit leistet das Wohngeld einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Stabilisierung von Bewohnerstrukturen im Stadtteil und stärkt das Sozialklima.

Das funktioniert aber nur, wenn die Bemessungsgrenze des Wohngeldes an reale Einkommens- und Mietpreisentwicklungen vor Ort angepasst wird. Genau dies ist seit 2009 aber nicht mehr der Fall.

Mit der vorläufig letzten Wohngeldreform von 2009 wurden neben der deutlichen Anpassung der Einkommens- und Mietobergrenzen auch erstmals Heizkosten bei der Berechnung berücksichtigt. Dieser Heizkostenzuschuss sollte die extrem hohen Energiepreise abfedern und wurde je nach Haushaltsgröße als Pauschalbeitrag zur Miete hinzugerechnet. Danach wurden deutlich mehr Haushalte erreicht als zuvor, nämlich statt 640 000 im Jahr 2008 nun 1 Million im Jahr 2009. Darin erfasst wurden auch 120 000 Haushalte, die zuvor nur wegen ihrer Wohnkosten SGB-II-Leistungen erhalten hatten.

Im Jahr 2011 fiel der Heizkostenzuschuss in Höhe von 24 Euro monatlich für Alleinstehende sowie 6 bis 7 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied dem Rotstift der Bundesregierung zum Opfer - mit der Begründung, dass sich die Heizkosten wieder auf normalem Niveau bewegten. Dies war nicht der Fall.

Tatsächlich entlastete die Streichung der Heizkostenpauschale den Bundeshaushalt im Rah-

men seines Bundesanteils zum Wohngeld um rund 100 Millionen Euro im Jahr.

Für die Wohngeldberechtigten bedeutet dies aber eine Kürzung des Wohngeldes und aus diesem Grund häufig den Gang zum Jobcenter.

Für die Kommunen führt die Entwicklung zu einer schleichenden Kostenverschiebung von Bund und Ländern, die das Wohngeld finanzieren, hin zu den überwiegend kommunal finanzierten Unterkunftsleistungen nach dem SGB II.

Während die Regelsätze und Mietobergrenzen im SGB II seit 2009 mehrfach angepasst wurden, blieb eine Anpassung des Wohngeldes an die realen Einkommen und Mietpreise bislang aus.

Das hat inzwischen dramatische Folgen sowohl für die Betroffenen als auch für die Kommunen. Bezogen im Jahr 2010 noch 10 239 Haushalte Wohngeld, waren es im Jahr 2012 noch 8 900 Haushalte und im Dezember 2014 schließlich nur noch 6 340 Haushalte.

In Köln wie in den anderen wachsenden Kommunen - wir alle wissen das nur zu gut - sind die Nachfrage nach preiswertem Wohnraum groß und der Wohnungsmarkt in diesem Segment sehr angespannt.

Die Miet- und Energiepreise steigen seit Jahren und machen es immer mehr Menschen schwer bis unmöglich, sie aus den eigenen Einkommen zu begleichen.

Inzwischen muss mehr als ein Drittel des Einkommens für Miete sowie Heiz- und Energiekosten aufgewendet werden.

Die fehlende Anpassung des Wohngeldes führt mittlerweile in den Jobcentern zu dem Trend der steigenden Zahl von Aufstockern, also der Fälle, in denen die Erwerbstätigkeit der Menschen nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt vollständig zu decken.

Da das Wohngeld nicht an die Mietpreisentwicklung angepasst ist und dadurch für viele Familien derzeit nicht greift, wächst die Zahl der Haushalte, die auf aufstockende Leistungen nach dem SGB II angewiesen sind, kontinuierlich. Fast 300 000 Haushalte bundesweit erhalten zurzeit ausschließlich Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem Sozialgesetzbuch - 300 000 Haushalte, meine Damen und Herren, die über eigenes Einkommen verfügen und trotzdem unter die Hartz-IV-Bedürftigkeitsschwelle fallen und trotz Erwerbstätigkeit in Armut abrutschen. Das dürfen wir nicht als gegeben hinnehmen.

Herr Kollege Paetzold, das ist nicht nur unfair; das ist gegen das Gesetz.

Durch eine Erhöhung des Wohngeldes, verbunden mit einigen strukturellen Verbesserungen, könnte für wesentlich mehr Haushalte als bisher die Bedürftigkeit nach dem SGB II vermieden werden. Und das ist wichtig; denn Hartz IV ist und bleibt ein Stigma.

Deswegen unterstützen die Grünen im Rat ausdrücklich die Position des Städtetages Nordrhein-Westfalen vom 19. November 2014 zur Leistungsneuauflage zum Wohngeld und sind aus diesem Grund auch Mit Antragsteller des heutigen Dringlichkeitsantrags. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Heuser. - Wir kommen zu Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben uns im Sozialausschuss im letzten halben Jahr zwei Mal mit der Entwicklung des Wohngeldes befasst. Dass es jetzt zu einem Achter-Antrag aller demokratischen Parteien und Gruppen gekommen ist, freut uns.

Herr Oberbürgermeister, ich bitte Sie, unseren Beschluss, den wir gleich fassen werden, möglichst schnell der Bundesregierung, aber auch den örtlichen Mitgliedern des Deutschen Bundestages und den Medien zukommen zu lassen.

Meine Damen und Herren, das Wohngeld ist für Köln in doppelter Hinsicht wichtig: individuell für jede Kölnerin oder Kölner, aber auch für den Kölner Stadthaushalt. Fallen Menschen aus dem Wohngeldbezug heraus, führt das in der Regel zu erhöhten Kosten der Unterkunft, die von den Kommunen getragen werden müssen.

Deshalb ist unser deutlicher Appell: Frau Merkel, Herr Gabriel, machen Sie keine Politik auf Kosten der Kommunen. Erhöhen Sie das Wohngeld schnell und umfassend.

(Beifall bei der Linken und der FDP)

Selbst die Bertelsmann-Stiftung hat in einer Studie über den Finanzausgleich zwischen Bund, Land und Kommunen festgestellt - ich zitiere, Herr Oberbürgermeister -:

So wurden die Kommunen zu den Verschiebebahnhöfen des Sozialstaates. Die Konnexität der Landesverfassungen konnte diese Fehlentwicklung im bundesstaatlichen Finanzausgleichssystem nicht verhindern; denn diese greift nur bei durch die Länder übertragenen Aufgaben. Ein Konnexitätsanspruch der Kommunen gegen den Bund besteht nicht.

Der Anteil der Sozialausgaben an den kommunalen Haushalten steigt seit Jahren immer weiter an. Im Jahre 2000 waren es 17,9 Prozent, im Jahre 2014 schon 24,1 Prozent an den Gesamtausgaben der Kommunen.

Die Bundesregierung will uns Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker benutzen, um den Menschen die sozialen Leistungen zu kürzen. Da sagen wir klar: Nein, das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der Linken)

Inzwischen liegt ein Referentenentwurf zum Wohngeld vor. Jetzt geht es darum, dass die Heizkostenkomponente wieder in einen Gesetzentwurf einfließt. Deshalb: Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker aller Länder, passt auf!

(Beifall bei der Linken)

Gleichzeitig müssen wir durchsetzen, dass eine Dynamisierung des Wohngeldes erfolgt, damit nicht wieder Leute aus dem Bezug herausfallen und das Wohngeld automatisch den Preissteigerungen angepasst wird. Gemeinsam mit dem Mieterverein und dem Städtetag sollten wir hartnäckig sein.

Wenn die bisherigen Regelungen erhalten bleiben, würde das bedeuten, dass der Bund ab 2017 wieder jedes Jahr 9 Prozent am Wohngeld kürzt, weil Menschen aus dem Bezug herausfallen und weil die Leistungen nicht inflationsbereinigt sind.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen neuen Gesichtspunkt entwickeln, der in der Resolution nicht enthalten ist. Wenn wir die Integration der Heizkosten beim Wohngeld fordern, sollte man konsequenterweise auch die Stromkosten mit einberechnen. Darüber sollten wir in Zukunft nachdenken und diskutieren - und jetzt auf jeden Fall mit breiter Mehrheit diesen Beschluss fassen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Dann kommen wir zu Frau Hoyer für die Fraktion der FDP.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Ich bin sehr froh darüber, dass in der heutigen Debatte keiner diesen Antrag als „charmant“ bezeichnet hat; denn sobald ein Antrag hier „charmant“ ist, ist auch schon ziemlich klar, dass er abgelehnt wird.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Ich möchte meine Ausführungen mit einer Zahl beginnen. Hier ist schon mehrfach erwähnt worden, wie hoch die Belastungen für die Kommunen sind. Lassen Sie mich das einmal deutlich machen. In den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres haben wir die stattliche Summe von 259 400 000 Euro an Kosten der Unterkunft gezahlt. Es ist abzusehen, dass wir, wenn wir uns das Jahr 2014 in Gänze angucken werden, bald über 300 Millionen Euro liegen. Das ist natürlich eine sehr große Belastung für den städtischen Haushalt.

(Beifall bei der FDP)

Diese Entwicklung ist in zweierlei Hinsicht besorgniserregend. Zum einen zeigt sie, dass es in unserer Stadt immer mehr Menschen gibt, die sich ihre Mieten nicht mehr leisten können. Diese Menschen verdienen unsere Unterstützung. Da die Freien Demokraten der individuellen Förderung der Menschen immer den Vorzug gegenüber der Objektförderung gegeben haben, werden wir auch diesen Antrag heute gerne unterstützen.

Diese Entwicklung ist aber auch in einer anderen Hinsicht besorgniserregend. Da möchte ich - jetzt passiert es - Herrn Detjen in der Argumentation, die er eben vorgetragen hat, wirklich unterstützen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Diese Zahlen sind ein Indiz dafür, dass die Entwicklung dahin geht, die Kosten im sozialen Bereich immer wieder auf die Kommunen abzudrücken, um es einmal ziemlich flapsig zu formulieren.

Das haben wir hier im Rat auch immer parteiübergreifend - dafür bin ich sehr dankbar - thematisiert. Wir haben das in den vergangenen

Monaten gemacht, als es um die Unterstützung bei der Unterbringung von Flüchtlingen ging.

Diesen Konsens, den wir hier gefunden haben, sollten wir bitte weiter beibehalten und uns auch nicht im Klein-Klein - ist es die Bundesregierung, oder ist es die Landesregierung? - verlieren. Meines Erachtens sollten wir hier als Vertreter der Kommune mit einer Stimme und mit einem Interesse sprechen.

(Beifall bei der FDP und von Monika Schultes [SPD])

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, ich finde es gut, dass wir mit diesem Antrag die Bundesregierung an ihre Verantwortung erinnern.

Wer andere an ihre Verantwortung erinnert, muss sich aber auch selber ehrlich fragen: Wie sieht es denn mit der eigenen Verantwortung aus? Wie sieht es denn mit den Erfolgen in der Wohnungsbaupolitik in der Stadt Köln aus? Wenn man ganz ehrlich ist, muss man zugeben, dass in Köln bei der Wohnungsbauförderung immer noch akuter Handlungsbedarf besteht.

(Beifall bei der FDP)

Auch im vergangenen Jahr wurden statt der angestrebten 1 000 Sozialwohnungen nur 609 errichtet. Das tut weh - insbesondere vor dem Hintergrund, dass rund 1 Million Euro Fördermittel an das Land zurückgegeben wurden, weil es nicht genügend Förderanträge gab.

Es ist auch kein Wunder, dass im Jahr 2014 wieder kein einziger Cent aus dem im Jahr 2012 mit viel Tamtam verabschiedeten kommunalen Wohnungsbauförderprogramm abgerufen wurde. In Zeiten niedriger Zinsen suchen sich potenzielle Investoren finanzielle Unterstützung auf dem freien Markt.

Meine Damen und Herren, das städtische Wohnungsbauförderprogramm existiert jetzt bald drei Jahre. Außer der Tatsache, dass dort viele personelle Kapazitäten gebunden werden, hat es nichts gebracht.

Liebe Kollegen und liebe Kolleginnen von Rot und Grün, bitte sehen Sie sich dieses Projekt noch einmal an. Vielleicht kommen Sie dann auch zu dem Schluss: It's time to say goodbye.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Bereitstellung finanzieller Ressourcen ist ein wichtiger Aspekt bei der Bekämpfung der Wohnungsnot.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie müssen zum Ende kommen.

Katja Hoyer (FDP): Ohne die Bereitstellung von genügend Grundstücken werden wir aber keinen durchschlagenden Erfolg erzielen. Hier haben wir Freien Demokraten immer wieder Vorschläge gemacht. Ich nenne nur das Stichwort „Kreuzfeld“. Ich würde mir wünschen, dass wir in der Debatte um das Stadtentwicklungskonzept dazu weitere Vorschläge bekommen. Wir setzen da sehr auf Ihre Vorschläge, lieber Herr Beigeordneter Höing, und freuen uns auf die Debatte.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Dann kommen wir zu Herrn Beckamp.

Roger Beckamp (AfD): Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist alles richtig. Wir unterstützen das genauso wie Sie alle. Es ist ein überfälliger Punkt, das Ganze anzupassen. Frau Hoyer war so nett, noch ein paar Punkte hinzuzufügen, die genauso wichtig oder noch wichtiger sind, nämlich die Zurverfügungstellung von Grundstücken für Bauen. Alles ist richtig. Ich muss das nicht wiederholen.

Wie so oft, reicht es aber nicht aus. Die Stimme zu erheben und die Position des Städtetages Nordrhein-Westfalen zu unterstützen, ist zwar gut. Es reicht aber insofern nicht, weil Sie die Stimme genauso laut oder noch lauter dagegen erheben müssten, dass die eine Hand nimmt, was die andere Hand gerade gegeben hat. Genau das passiert nämlich in NRW ganz besonders und im Bund generell.

Es ist sinnvoll, das Wohngeld anzupassen. Es ist gut, auf dem Wohnungsmarkt einen sozialen Ausgleich herzustellen. Das ist soziale Marktwirtschaft. Das Problem ist nur, dass Ihre Kollegen in den Landtagen und im Bundestag in die völlig andere Richtung laufen. Das Wohngeld alleine wird es ja nicht bringen. Tatsächlich wird sich die Lage der Mieter und vor allem der sozial schwachen Mieter mit der Zeit deutlich verschlechtern. Schuld daran ist unter anderem und vor allen Dingen die Mietpreisbremse, die Sie alle befördern, und zwar von SPD bis CDU. Das wird sich noch zeigen. Die Frage, ob so etwas in diesem Land zulässig ist, ist insbesondere ein Thema für die FDP, denke ich.

Im Übrigen sind das genau die Probleme, die nachher den Mietern auf die Füße fallen; denn langfristig wird sich dieser Eingriff in den Preismechanismus gegen die Mieter wenden. Der Markt wird enger. Zum einen werden die Vermieter die Regelung ohnehin umgehen. Zum anderen werden sie sich aus dem Markt zurückziehen und verkaufen, weil keine marktgerechten Preise mehr möglich sind. Der Markt wird also enger. Es werden noch weniger Wohnungen für sozial schwache Mieter vorhanden sein.

Dazu kommen auch noch unzureichende Abschreibungsregelungen und energetische Vorgaben, die jeglicher Vernunft Hohn sprechen. Das können wir alles nicht kommunal regeln. Genau so wie beim Wohngeld könnten wir allerdings unsere Stimme erheben, für oder gegen etwas sein und hier einmal die Probleme deutlich ansprechen.

Was wir kommunal aber tun können, was wir wirkungsvoll mit Taten und nicht nur mit der Stimme befördern können, ist - das haben Sie gesagt, Frau Hoyer; da weiß ich den Großen Vorsitzenden Mao auch an meiner Seite, Frau Akbayir -: bauen, bauen, bauen. Wir müssen einfach Möglichkeiten schaffen, dass gebaut werden kann. Investoren stehen bereit. Das beste Mittel gegen zu hohe Wohnkosten sind mehr Wohnungen. Es müssen Anreize geschaffen werden. Genau das haben Sie gesagt. Die Infrastruktur muss ausgebaut werden. Alles das passiert in Köln nicht ausreichend. Dazu sollten Sie Ihre Stimme gegenüber Ihren Leuten in den Landtagen und im Bundestag genauso erheben.

Noch einmal: Das Wohngeld muss reformiert werden. Da sind sich alle einig. Das ist grundsätzlich sinnvoll. Erheben Sie Ihre Stimme aber auch gegen die ganzen schlechten, unvernünftigen Eingriffe in die soziale Marktwirtschaft. Denken Sie einmal darüber nach. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann können wir zur Abstimmung kommen. Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist er einstimmig angenommen.

Entsprechend Ihren Wünschen wird das auch so schnell wie möglich vom Oberbürgermeister umgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Damit haben wir die Anträge behandelt und kommen zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

4.1 Anfrage der Gruppe Deine Freunde betreffend „Ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge“ AN/1804/2014

**Antwort der Verwaltung vom 12.01.2015
4004/2015**

Dazu liegt eine Antwort der Verwaltung vor. - Gut.

Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Schutz vor Angriffen auf kommunale IT-Systeme in Köln“ AN/1805/2014

**Antwort der Verwaltung vom 04.02.2015
3850/2014**

Auch dazu liegt eine Antwort vor. Sie können aber noch maximal zwei Nachfragen stellen.

(Thomas Hegenbarth [Piraten]: Ich habe nur eine!)

- Vielleicht reicht auch eine; genau. Ich bitte aber darum, dass wir - - Der Stadtdirektor, in dessen Zuständigkeit das fällt, kommt gerade wieder in den Saal. Dann brauchen wir Ihre Nachfrage doch nicht zurückzustellen. Bitte schießen Sie los.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Nur eine kurze Rückfrage: Wir haben in unserer Begründung auch dezidiert erwähnt, dass das gerade vor dem Hintergrund der NSA-Snowden-Affäre eigentlich nichts Aktuelles ist und dieser Penetrationsstest relativ wichtig ist.

In Ihrer Antwort auf Frage 3 geht es darum, dass das bereits seit 2014 projektiert ist und dann für 2015 angesetzt worden ist. Eine Ausschreibung hat aber immer noch nicht stattgefunden. Können wir also Ende dieses Jahres oder vielleicht sogar erst im nächsten Jahr mit dem rechnen, was andere Städte schon umgesetzt haben? - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Hegenbarth, ich schlage Ihnen vor, dass wir Ihnen die Frage, wann es kommt, im AVR am 16. März 2015 mit einem Grad an Verbindlichkeit beantworten. - Danke.

(Thomas Hegenbarth [Piraten]: Okay!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut.

Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“ AN/0166/2015

Diese Anfrage ist relativ kurzfristig eingegangen. Sie wird bearbeitet und dann bei der nächsten Sitzung beantwortet. Sind Sie damit einverstanden?

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ja!)

Zu Tagesordnungspunkt 4.4:

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten betreffend „Übergriffe gegen Flüchtlinge in Köln durch den Sicherheitsdienst in Unterkünften“ AN/0190/2015

**Antwort der Verwaltung vom 05.02.2015
0342/2015**

Dazu liegt eine Antwort vor. - Ich sehe keine Nachfragen.

Zu Tagesordnungspunkt 4.5:

4.5 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Opernfusion erneut auf den Prüfstand stellen“ AN/0221/2015

Hierzu sind noch umfangreiche weitere Überprüfungen notwendig. Deswegen wird die Beantwortung später vorgenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 4.6:

4.6 Anfrage der Gruppe Deine Freunde betreffend „Keine Sperrklausel bei Kommunalwahlen!“ AN/0224/2015

Dazu kann ich Ihnen direkt etwas sagen.

Erstens. Das ist eine Angelegenheit, die in die alleinige Zuständigkeit des Landesgesetzgebers gehört.

Zweitens. Ich persönlich habe mich als Mitglied des Vorstandes des Städtetages Nordrhein-Westfalen der Meinung aller übrigen Kolleginnen und Kollegen angeschlossen, dass vor dem Hintergrund der Erfahrung, die insgesamt in Nordrhein-Westfalen und in den Räten gemacht worden ist, eine Sperrklausel als richtig und wichtig angesehen wird, und zwar in Höhe von 3 Prozent.

(Thomas Hegenbarth [Piraten]: Eine Antwort kommt noch?)

- Das ist die Antwort. Sie können sie auch noch schriftlich haben; kein Problem.

Dann kommen wir zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Ersatz- und Ergänzungsgebiet zum Sanierungsgebiet Kalk Aufhebung der Satzung des Ersatz- und Ergänzungsgebietes zum Sanierungsgebiet Kalk 4508/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dem so zugestimmt.

Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Entgelt- und Benutzungsordnung für die Besucherinnen und Besucher der Puppenspiele der Stadt Köln 2469/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Bernd Petelkau [CDU]: Wie Kulturausschuss!)

- Ja. Abzustimmen ist wie Kulturausschuss. - Herzlichen Dank für den Hinweis.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln können die Puppenspiele uns entsprechend weiter erfreuen.

Wir kommen zu:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2014 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2013/2014 0117/2015

Das ist zur Kenntnis zu nehmen. Damit ist das auch geschehen. Es gibt keine Rückfragen.

Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe Herausnahme der Brücke Perlengraben aus dem Schuldendienst der Nord-Süd Stadtbahn sowie Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2013/2014 der Stadt Köln 3059/2014

Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dem so zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens hier: Beschaffung von 300 Parkscheinautomaten (PSA) 2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung) 3554/2014

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Wer ist dagegen? - Die Gruppe pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Mitgliedschaft der Stadt Köln 3835/2014

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

**10.4 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2015
3222/2014**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

**10.5 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2015
3397/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion der AfD ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

**10.6 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
3502/2014**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion der FDP ist dies so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

**10.7 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung
hier: Wirtschaftsplan 2015
3958/2014**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

**10.8 GEW Köln AG
hier: Satzungsänderung
3986/2015**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Gruppe pro Köln angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

**10.9 Anpassung an den Klimawandel
2216/2014**

Hier geht es darum, dass wir beschließen wie Umweltausschuss. - Wenn Sie damit einverstanden sind, können wir das tun.

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist da-

gegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

**10.10 Strategiekonzept - aktualisierte und überarbeitete Auflage
3264/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

**10.11 Fortführung des Kompetenzzentrums Frau und Beruf Region Köln 2015-2018
2867/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann kann das auch entsprechend weiter gefördert werden.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

**10.12 Gesamtkosten Bildungslandschaft Altstadt Nord, Baubeschluss Baufeld B
3837/2014**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der CDU, der Gruppe pro Köln und von Herrn Henseler. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der AfD und von Deinen Freunden ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

**10.13 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2013
3847/2014**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

**10.14 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln
hier: Auflösung der Kapitalrücklage
3848/2014**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion der AfD so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

**10.15 Koelnmesse GmbH
hier: Gründung einer Joint Venture-Gesellschaft in der Türkei
0065/2015**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Deinen Freunden ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

**10.16 Jugend stärken im Quartier
3483/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der Gruppe pro Köln und der Fraktion der AfD. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Vorlage so zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

**10.17 Schulorganisatorische Veränderungen an den Förderschulen im Stadtbezirk Kalk - Auslaufende Schließung der Förderschule „Der Kleine Prinz“, Änderung der Martin-Köllen-Schule in eine Förderschule im Verbund
2834/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. So beschlossen.

Wir kommen zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

**12.1 Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 68400/03
Arbeitstitel: Westlich Schillingsrotter Weg in Köln-Marienburg, 2. Änderung (ehemals 1. Änderung Westlich Schillingsrotter Weg in Köln-Marienburg)
2349/2014**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

**12.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 66458/12
Arbeitstitel: „Bildungslandschaft Altstadt-Nord“ (BAN) in Köln-Altstadt/Nord
3944/2014**

Gegenstimmen? - Die CDU-Fraktion, Herr Henseler und Deine Freunde stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion der AfD ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zu:

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs-/Durchführungs-/Fluchtlinienplänen

Zu Tagesordnungspunkt 13.1:

**13.1 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 65410/03 (6640 Nd/03)
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Teilaufhebung des Kalscheurer Weges in Köln-Zollstock
3799/2014**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.2:

**13.2 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 3029 Blatt 2
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Oberer Komarweg/Kalscheurer Weg in Köln-Zollstock
3802/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ebenfalls so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.3:

**13.3 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 3025 - Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Kendenicher Straße/Kalscheurer Weg in Köln-Zollstock
3803/2014**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das auch so beschlossen.

Ich rufe auf:

14 Erlass von Veränderungssperren

**14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Westhoven
Arbeitstitel: Stollwerckstraße in Köln-Porz-Westhoven
3133/2014**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Wir kommen zu:

17 Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

**17.1 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
3276/2014**

Es geht um Herrn Günter Potthast.

Gegenstimmen? - Enthaltungen? So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Wahl der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters am 13.09.2015 - Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer des Wahlausschusses 3988/2015

Um das hier alles sehr förmlich zu machen, bitte ich die Auszählerinnen und Auszähler, jetzt nach vorne zu kommen. Das waren Frau Halberstadt-Kausch, Herr Dr. Gutzeit und Frau Pakulat. - Sie sind da. Sehr schön.

Als Erstes müssen wir die Anzahl festlegen. Der Vorschlag lautet, zehn Mitglieder zu benennen.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Zahl zehn beschlossen.

Wir kommen jetzt zu den jeweiligen Wahlvorschlägen. Da wir nach Hare/Niemeyer abstimmen, darf ich Sie bitten, jetzt besonders konzentriert an den Abstimmungen teilzunehmen.

Wir haben zunächst über den Wahlvorschlag der SPD abzustimmen. - Es fehlen noch einige Ratsmitglieder.

(Glocke des Oberbürgermeisters)

Das geht durch das ganze Haus.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Das haben Sie ja noch nie gemacht!)

Das ging jetzt alles sehr schnell. Daher geht es wirklich um die Frage, ob wir hier eine kurze - - Ich schaue mich aber einmal um. Es sieht doch so aus, dass alle jetzt sehr stark vertreten sind. Insofern kommen wir nun zur Wahl der Beisitzer.

Wir stimmen zunächst über den Wahlvorschlag der SPD ab. Dort sind folgende Namen genannt: Herr Martin Börschel, Herr Gerrit Krupp und Frau Susana dos Santos Herrmann sowie als Stellvertreter Herr Dr. Ralf Heinen, Herr Frank Schneider und Frau Monika Möller. - Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zuruf)

- Nein, ich darf nicht. Der Oberbürgermeister, der ausscheidende Oberbürgermeister, darf nicht mitstimmen. - Wie ich sehe, sind die Stimmen für den Vorschlag der SPD fertig ausgezählt.

Dann kommen wir zum nächsten Wahlvorschlag. Von der CDU werden genannt: Herr Dr. Ralph Elster, Herr Niklas Kienitz und Frau Ursula Gärtner sowie in Vertretung Herr Christoph Klausung, Herr Stephan Pohl und Herr Werner Marx. - Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Wir kommen zum Wahlvorschlag der Grünen. Genannt werden Herr Jörg Frank und Herr Hans Schwanitz sowie in Vertretung Frau Susanne Bercher-Hiss und Frau Marlis Bredehorst. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Dann kommen wir zu dem Wahlvorschlag der Linken. Genannt sind Frau Güldane Tokyürek und in Vertretung Herr Jörg Detjen. Ich bitte um das Handzeichen.

Jetzt kommen wir zum Vorschlag der FDP. Dort sind Herr Volker Görzel und in Vertretung Herr Andreas Henseler genannt. Ich bitte um das Handzeichen.

Dann haben wir noch einen Wahlvorschlag der AfD. Dort sind Herr Fabian Jacobi und als Vertreter Herr Jochen Haug genannt. Ich bitte um das Handzeichen. - Okay.

Ich bedanke mich herzlich für die Auszählung. Das wird jetzt entsprechend ausgerechnet. Wir setzen unsere Wahlen fort und werden das Ergebnis gleich bekannt geben.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner/innen in die Fachausschüsse 0165/2015

Dazu liegt Ihnen eine Liste vor.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Wahl eines/r Vertreter/in von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern in den Ausschuss für Soziales und Senioren 0180/2015

Dort sind genannt als Stellvertreter Herr Christof Wild und als Stellvertreterin Frau Marita Bosbach.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

17.5 Berufung von sachkundigen Einwohnern als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung 0217/2015

Gewählt werden sollen Herr Reinhold Goss und als Stellvertreterin Frau Manuela Laukat.

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

18.1 Bau einer öffentlich zugänglichen Aussichtsplattform mit Fußweg und Treppen auf dem Kalkberg im Rahmen der finalen Tiefbau- und Straßenbauarbeiten der Rettungshubschrauberstation 3977/2015

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Dr. Welpmann, bitte.

Dr. Matthias Welpmann (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dass wir demnächst auf dem Kalkberg eine Plattform haben werden, von der Leute wie zum Beispiel ich, die nicht mobilitätseingeschränkt sind, einen Ausblick auf Köln haben, ist sicherlich eine prima Sache. Darüber freuen wir uns alle.

Gleichwohl müssen wir hier aber doch das Verfahren kritisieren, wie es zu dieser Dringlichkeitsentscheidung am 13. Januar 2015 gekommen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Deswegen möchte ich an dieser Stelle schon einmal ankündigen, dass wir uns heute hier enthalten werden.

Ein Grund dafür ist auch, dass die Maßnahme, die jetzt realisiert werden soll, nicht barrierefrei ist. Das war im Prinzip der ursprüngliche Auftrag. Als wir seinerzeit eine entsprechende Planungsvariante für über 600 000 Euro auf dem Tisch

hatten, haben wir gemeinschaftlich gesagt, dass uns diese Lösung zu teuer ist, obwohl wir das grundsätzlich wollen, und die Verwaltung gebeten, eine kostengünstigere Lösung zu entwickeln, die auch barrierefrei ist.

Danach ist sehr lange nichts passiert. Jetzt wurden wir mit einer Lösung konfrontiert, die nicht barrierefrei ist und kurzfristig realisiert werden soll.

Das kann man aus Sicht von Leuten, die keine Mobilitätseinschränkung haben, noch hinnehmen. Aus Sicht derjenigen, die davon betroffen sind, ist das aber ein Problem.

Unser Problem ist vor allen Dingen, dass wir keine ordentliche Beratung im Vorfeld hatten, sondern dass diese Lösung am 13. Januar 2015 relativ überfallartig vorgestellt wurde. Bei dieser Sitzung haben wir des Weiteren ganz interessante Fakten über weitere Planungen im Hinblick auf ein Grünkonzept Kalkberg erfahren, bei dem beispielsweise auch der sogenannte kleine Kalkberg auf einmal eine Rolle spielte. Das sind zweifellos interessante Sachen. Wir hätten sie aber gerne ordentlich beraten.

Insbesondere hätten wir gerne auch die Finanzierung ordentlich beraten und geklärt. Beides ist vorher im Grunde nicht geschehen. Die Finanzierung ist nach meinem Kenntnisstand bis heute eigentlich nicht gesichert, weil es hier um eine zusätzliche freiwillige Leistung geht, für die es bisher keinen Haushaltsansatz gibt. Insofern ist sie gerade in der aktuellen Haushaltslage problematisch.

Diese Dinge haben uns dazu bewogen, uns heute zu enthalten. Gut; mit dem Ergebnis müssen wir jetzt alle leben. Der eine oder andere wird sich darüber freuen. Ich weiß auch, dass diese Sache in den Bezirksvertretungen grundsätzlich erst einmal positiv gesehen wird, weil es einen entsprechenden Auftrag gab. Das bestreitet auch keiner.

Gleichwohl können wir uns nicht damit einverstanden erklären, dass Verfahren hier in dieser Art und Weise ablaufen. Der Stadtdirektor kommt in den Ausschuss und berichtet mündlich alle möglichen Dinge - auch interessante Dinge; gar keine Frage. Wir können sie aber im Grunde gar nicht beraten. Dann wird ein Ratsmitglied gebeten, doch bitte freundlicherweise rechts unten zu unterschreiben, damit man um 18 Uhr den Auftrag an die Firma herauschicken kann.

(Birgit Gordes [CDU]: Freihändig! - Bernd Petelkau [CDU]: Hört! Hört!)

Das ist im Hinblick auf die Dringlichkeit schon interessant. Ich glaube auch nicht, dass man das nicht hätte früher machen können; denn der Auftrag lief schon seit langem. Natürlich hätte man schon früher einmal mit der Firma sprechen können. Dann hätten wir es ordentlich beraten können.

Dann wären wir sicherlich auch auf der positiven Seite dabei gewesen. So bleibt uns aber nichts anderes übrig, als uns jetzt zu enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön.

Anna-Maria Henk-Hollstein (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben zu unserem unter TOP 3.1.1 behandelten Antrag „Ergänzung des Wertgrenzenkonzeptes 2014 - beschränkte Ausschreibungen“ folgendes Zitat einer Kollegin gehört, das ich hier anführen möchte, weil es mir in diesem Zusammenhang sehr gut gefallen hat: Transparenz bei Ausschreibungen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben es an dieser Stelle mit einer Vergabe von über 150 000 Euro zu tun, die freihändig erfolgt. Eine freihändige Vergabe mag in der freien Wirtschaft durchaus üblich sein, wenn jemand als Verantwortlicher seinen Kopf dafür hinhalten muss und auch das Geld dafür bereitstellen muss. Hier haben wir es aber mit öffentlichen Mitteln zu tun. Nach den Kriterien, die wir vor anderthalb Stunden sehr deutlich zu hören bekommen haben, ist bei über 100 000 Euro keine freihändige Vergabe mehr möglich.

Genau das ist hier aber durch die kalte Küche erfolgt, Herr Stadtdirektor. Sie haben eine Kollegin aufs Glatteis geführt und zu einer Unterschrift - na, ich will nicht gerade sagen, genötigt.

(Zurufe von der SPD: Oh! - Stadtdirektor Guido Kahlen: Das ist zu viel!)

Ein bisschen etwas davon hat es aber schon.

Ich stelle Ihnen das Zeitfenster, das der Kollege Welpmann gerade angesprochen hat, noch ein-

mal sehr deutlich dar. Sie haben im Gesundheitsausschuss am 23. September 2013 in Aussicht gestellt, eine Machbarkeitsstudie zu beauftragen. Erfolgt ist das im September 2013 auf einen Beschluss aus dem Jahre 2011 hin. Das alleine hat schon zwei Jahre gedauert. Anschließend haben Sie 15 Monate gebraucht, um ein Angebot der hier zu beauftragenden Firma - wir sind öffentlichen Teil; daher nenne ich keine Namen; nach meiner Auffassung hätte diese Vorlage auch in den nichtöffentlichen Teil gehört, weil darin nämlich ganz deutlich die beauftragte Firma steht - hereinzuholen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das, Herr Stadtdirektor, was wir Ihnen vorwerfen. Sie haben die Gremien nicht berücksichtigt. Es ist sogar eine Sitzung des Bauausschusses abgesagt worden, weil kein Tagesordnungspunkt vorgelegen hat. Das wäre ein Tagesordnungspunkt gewesen.

(Beifall bei der CDU - Bernd Petelkau [CDU]: Hört! Hört! So etwas ist Transparenz?)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Um noch einmal die Verfahrensabläufe klar darzulegen: Eine DE wird nicht vom Stadtdirektor auf den Weg gebracht, sondern vom Oberbürgermeister mithilfe seines Sitzungsdienstes. Das geht auch nur dann, wenn Mehrheiten entsprechend abgefragt worden sind. Der Sitzungsdienst sendet diese DE per Mail in die Postfächer der Fraktionsgeschäftsstellen und zusätzlich an die Fraktionsgeschäftsführer sowie an alle Mitglieder der Gruppen und Einzelmandatsträger.

Das ist das Entscheidende, was für eine DE zugrunde gelegt wird. Die entsprechende Mail ist bei Ihnen allen in den Geschäftsstellen angekommen. Es wird keine DE auf den Weg gebracht, ohne dass es eine schriftlich dokumentierte Mehrheit dafür gibt.

Jetzt sage ich Ihnen einmal, wie dieses Verfahren abgelaufen ist, damit Sie sich auch nicht künstlich aufregen müssen. Am 12. Januar 2015 ist eine konkrete Abfrage mit Fristsetzung bis zum 13. Januar, 18 Uhr, erfolgt.

(Dr. Jürgen Strahl [CDU]: Hui!)

Folgende Rückmeldungen sind per Mail beim Sitzungsdienst eingegangen - in chronologischer Reihenfolge -:

- Gruppe Deine Freunde - stimmt der DE zu - 12.01.2015, 11.36 Uhr
- Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Absender: Fraktionsgeschäftsführer Jörg Frank - stimmt der DE zunächst zu und nimmt die Zustimmung dann wieder zurück, weil er sich vertan hat
(Birgit Gordes [CDU]: Wann?)
- FDP-Fraktion - Absender: Fraktionsgeschäftsführer Ulrich Breite - stimmt der DE zu - 12.01.2015, 14.04 Uhr
- CDU-Fraktion - Absender: Geschäftsstelle - stimmt der DE zu - 13.01.2015, 14.31 Uhr

Wenn dann eine Mehrheit vorhanden ist, wird die DE auf den Weg gebracht - nicht vorher und nicht später, sondern dann, wenn alles entsprechend ordnungsgemäß abgeklärt ist.

Jetzt kann man nicht sagen, man sei in irgendeiner Form überrumpelt worden. Alle, die die Unterschriften geleistet und ihre entsprechende Zustimmung gegeben haben, hatten die Gelegenheit, entsprechende Nachfragen zu stellen. Das ist nicht geschehen.

Die DE ist also ordnungsgemäß zustande gekommen.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. - Herr Rottmann, bitte.

Hendrik Rottmann (AfD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kahlen, ich kann es Ihnen leider nicht ersparen; Sie sind heute häufig genannt worden und werden es jetzt auch von mir.

Wir haben erstens ebenfalls rechtliche Probleme mit der Art und Weise, wie es zu dieser Beschlussvorlage bzw. zu diesem Beschluss gekommen ist, da wir den Haushalt 2015 noch gar nicht beschlossen haben.

Dann haben wir noch ein weiteres Problem. Herr Kahlen, Sie haben uns etwas verschwiegen. Anscheinend haben Sie ein neues Hobby. Sie sind Magier, Zauberer oder Illusionist; denn Sie haben es geschafft, drei Viertel von 650 000 Euro verschwinden zu lassen. Der große Kahldini hat also hier ein Schnäppchen geschaffen. Leider schaffen Sie das nicht immer; denn üblicher-

weise werden aus den Schnäppchen dann teure Wertgegenstände - viel teurer als geplant.

Das befürchten wir von der AfD in diesem Fall auch. 151 000 Euro stehen momentan auf dem Papier. Wir gehen davon aus, dass diese Summe nicht zu halten ist - schon allein deswegen, weil die Barrierefreiheit fehlt, wie schon angesprochen wurde. Im Jahr 2015 kann man einen Vorschlag, bei dem die Barrierefreiheit nicht berücksichtigt ist, überhaupt nicht durchwinken, denke ich.

Weil ich davon ausgehe, dass es erheblich teurer wird, sage ich Ihnen jetzt Folgendes: Ich werde 500 Euro an eine Organisation der Kölner Obdachlosenhilfe spenden, wenn Sie tatsächlich im Kostenrahmen bleiben sollten. Ich gebe Ihnen auch noch ein bisschen dazu. Bis 160 000 Euro können Sie meinetwegen gehen. Wenn Sie auf diese Wette einsteigen, können Sie ja 500 Euro spenden, wenn Sie darüber hinauskommen.

Nichtsdestotrotz brauchen wir diese Aussichtsplattform momentan auch nicht. Es gibt dafür keine Begründung. Der Haushalt ist ohnehin sehr eng. Auch wenn man sehr viele Schnäppchen kauft, ist die Kasse leer, meine Damen und Herren. Köln hat gar keine gefüllte Schatztruhe.

Den Haushalt konsolidiert man nur dann, wenn man auf der Ausgabenseite spart, und nicht, wenn man durch erhöhte Abgaben und Steuern in das Portemonnaie des Bürgers greift. Das ist keine Haushaltsführung, sondern nur Ausgabenpolitik zulasten des Bürgers. Deshalb lehnen wir die Aussichtsplattform ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann können wir abstimmen. Wer gegen diese Dringlichkeitsentscheidung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der AfD. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Grünen und der Piraten ist die entsprechende Genehmigung erteilt worden. - Danke schön.

Zu Tagesordnungspunkt 18.2:

18.2 Fortführung Bürgerkontaktstelle „Berliner 67“ in Mülheim Nord 3845/2014

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so geschehen.

Bevor wir zum nichtöffentlichen Teil kommen, kann ich Ihnen jetzt noch das **Ergebnis der unter Tagesordnungspunkt 17.2 durchgeführten Wahl** mitteilen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man lernt immer noch etwas dazu. Nach der Ausrechnung haben wir zwischen der Liste 5, FDP, und der Liste 6, AfD, ein Los zu ziehen. Das ist schon entsprechend vorbereitet.

Zwischen AfD und FDP gibt es also einen Losentscheid. Darf ich die Geschäftsführer von FDP und AfD bitten, freundlicherweise nach vorne zu kommen?

Roger Beckamp (AfD): Herr Oberbürgermeister, wir verzichten auf dieses Mandat, weil wir pro Köln Udemokraten für unsere Liste gestimmt haben. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich nehme zur Kenntnis, dass die AfD auf das Mandat verzichtet bzw. nicht am Losverfahren teilnehmen möchte, sodass das Mandat automatisch an die FDP geht. - Herzlichen Dank.

Dann lese ich einmal vor, wer gewählt worden ist: Herr Börschel, Herr Krupp, Frau dos Santos Herrmann, Herr Dr. Elster, Herr Kienitz, Frau Gärtner, Herr Frank, Herr Schwanitz, Frau Tokyürek und Herr Görzel. - Somit haben wir diese Wahl auch beendet.

Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer Sitzung erreicht.

(Schluss: 18.29 Uhr)